

SEIT  
1946

02 - 03/2020

# ZUKUNFT

DIE DISKUSSIONSZEITSCHRIFT FÜR POLITIK, GESELLSCHAFT UND KULTUR



5,- Euro P.b.b. Abs.: Gesellschaft zur Herausgabe der Zeitschrift ZUKUNFT, Kaiserebersdorferstrasse 305/3, 1110 Wien, MZ 14Z040222 M, Nr. 02-03/2020

## INTO THE NIGHT DIE AVANTGARDE IM NACHTCAFÉ (BELVEDERE)

**Die 35-Stunden-Woche ist zurück**  
Axel Magnus

**Das Erbe des 12. Februar**  
Florian Wenninger

**Banken in den Dienst der Menschen stellen**  
BSA Europa Finanzmarktgruppe

**Ist Opposition Mist?**  
Rudi Fußi, Julia Herr,  
Lena Doppel-Prix und Armin Puller

# EDITORIAL

Die Corona-Krise hat Europa und die ganze Welt hart getroffen. Dass die Fallzahlen, insbesondere die Zahl der tödlichen Verläufe in Österreich nicht die befürchteten Dimensionen erreicht hat, hat sicherlich mehrere Ursachen: Neben den ergriffenen Distanzierungsmaßnahmen und dem disziplinierten Umgang damit, zeigt sich nicht zuletzt, wie wesentlich ein stark ausgebauter Gesundheitssektor, bei allen bestehenden Defiziten, ist. Durch im Vergleich zu anderen Ländern bestehende größere Intensivkapazitäten einerseits und den einigermaßen gelungenen Schutz der Krankenhäuser vor dem Virus durch dezentrale Testungen konnten schreckliche Szenarien wie in Italien verhindert werden. All diese relativen Erfolge dürfen aber nicht den Blick auf die Fehler und Versäumnisse verstellen, die in dieser Krise auch zu Tage getreten sind. Insbesondere die Vorgänge in westösterreichischen Skiorten, für die Ischgl zum Symbol geworden ist, oder auch die österreich- und europaweiten Engpässe bei Schutzausrüstungen und Medizinprodukten werfen deutliche Fragen auf, wie einerseits Lobby- und Profitinteressen wesentliche Entscheidungen beeinflusst haben und welche Auswirkungen fehlende regionale Produktionskapazitäten in strategischen Schlüsselbereichen haben.

Neben der gesundheitspolitischen Dimension hat die erzwungene Einschränkung des Wirtschaftslebens auch eine harte Rezession eingeleitet, die die schlimmste wirtschaftliche Verwerfung seit den 1930er-Jahren erwarten lässt. Die Arbeitslosenzahlen erreichen ebenso wie staatliche Hilfspakete für die Wirtschaft weltweit neue Rekordhöhen. Vor dem Hintergrund der sich anbahnenden tiefen sozialen Krise steht die Auseinandersetzung mit verschiedenen historischen Krisensituationen in diesem Heft und welche Perspektiven für anstehende politische Auseinandersetzungen gezogen werden können.

Der Betriebsrat Axel Magnus stellt die Grundlagen der Auseinandersetzung um eine Arbeitszeitverkürzung in der Sozialwirtschaft Österreich dar. Die zuletzt u.a. auch als „HeldInnen des Alltags“ gefeierten Beschäftigten haben im heftigsten Arbeitskampf der letzten Jahre die Forderung nach einer Verbesserung der Arbeits- und Einkommensbedingungen auf die Agenda gesetzt. Die bessere Verteilung von Arbeit

und die Stärkung der Konsumkraft wird in den nächsten Monaten große Bedeutung dafür haben, wer die Kosten dieser Krise wie zu tragen haben wird.

Im ZUKUNFT-Interview mit dem Zeithistoriker Florian Wenninger beschäftigen wir uns anlässlich des 86. Jahrestags der Februarkämpfe mit der Frage, wie sich die politischen und sozialen Auseinandersetzungen der Ersten Republik zum Bürgerkrieg verschärfen konnten und was heute daraus zu lernen ist.

Anders als 2008 stehen die Banken (derzeit noch) nicht im Zentrum dieser Wirtschaftskrise. Die BSA Europa Finanzmarktgruppe hat sich dennoch darüber Gedanken gemacht, welchen Beitrag die grundlegende Neuordnung des Bankensektors zu einer regional ausgeglichenen wirtschaftlichen Entwicklung beitragen kann.

Der PR-Berater Rudi Fußi, die Kommunikationsberaterin Lena Doppel und die SPÖ-Nationalrätin Julia Herr haben sich zudem Anfang März in einer Diskussion kritisch damit auseinandergesetzt, welche Perspektiven die Sozialdemokratie angesichts der türkis-grünen Koalition in der Opposition entwickeln muss, ein Thema das angesichts des Umfragehochs der Koalitionsparteien in der Corona-Krise besondere Aktualität hat.

Schließlich ist der von Thomas Nowotny besprochene Rückblick von Peter-Michael Lings auf den EU-zerstörenden Umgang mit der großen Krise 2008 eine deutliche Mahnung, was sich in der Corona-Krise nicht wiederholen darf.

Wegen der Corona-Krise erscheint diese Ausgabe als Doppelheft 02-03/2020. Anders als sonst werden im Sommer zwei eigene Nummern erscheinen.

Wir wünschen gute Unterhaltung beim Lesen und Schauen!

LUDWIG DVORÁK  
Gf. Chefredakteur

# Inhalt

## 6 Die 35-Stunden-Woche ist zurück

VON AXEL MAGNUS

## 12 Das Erbe des 12. Februar

VON FLORIAN WENNINGER

## 22 Banken in den Dienst der Menschen stellen

VON BSA EUROPA FINANZMARKTGRUPPE

## 28 Ist Opposition Mist?

VON RUDI FUSSI, JULIA HERR,  
LENA DOPPEL-PRIX UND ARMIN PULLER

## 36 DIE ZERSTÖRUNG DER EU

VON THOMAS NOWOTNY



### Wien Museum

**RICHARD NEUTRA**  
**WOHNHÄUSER FÜR KALIFORNIEN**  
13. Februar 2020 bis 20. September 2020  
Wien Museum  
MUSA  
1010 Wien, Felderstraße 6-8

Dienstag bis Sonntag & Feiertag, 10 bis 18 Uhr  
Geschlossen: 1. Mai

MILLER HOUSE, PALM SPRINGS, 1936/37  
FOTO: DAVID SCHREYER 2017

# Die 35-Stunden-Woche ist zurück

2020 wurde bei den Verhandlungen über den Kollektivvertrag für die Sozialwirtschaft (ebenso wie bei der Caritas, der Diakonie und für den BABE-Kollektivvertrag) die Forderung nach einer Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 35 Stunden bei vollem Lohn- und Personalausgleich erhoben. Der daraus resultierende Konflikt war zum Zeitpunkt der Verfassung dieses Beitrags noch im Gange, endete mit Blick auf die Corona-Krise aber schließlich mit einem Kompromiss, der eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 37 Stunden ab 2022 mitumfasste. Der Betriebsrat **AXEL MAGNUS** argumentiert in seinem Text, welche Bedeutung die Forderung der Arbeitszeitverkürzung und der damit verbundene Arbeitskampf für die soziale Entwicklung in Österreich hat.

**D**as Ungewöhnlichste an diesen Kollektivvertragsverhandlungen ist wahrscheinlich, dass sie das Kräfteverhältnis zwischen den beiden gesellschaftlichen Hauptklassen Kapital und Arbeit verkehren. Während wir in Österreich eigentlich nur mehr den Klassenkampf von oben (Sozialabbau, Rassismus, Übernahme der Sozialversicherungen durch die Vertretungen des Kapitals, Umverteilung von unten nach oben, ...) gewohnt sind, kämpft hier ein wesentlicher Teil der ArbeiterInnenklasse (der Sozial- und Gesundheitsbereich hat mittlerweile nach dem Handel die zweitmeisten Beschäftigten) von unten zurück.

Und das in einem Ausmaß, das hierzulande alles übertrifft, was es in den letzten Jahren gegeben hat. Rund um den swö-Kollektivvertrag wurde heuer zum dritten Mal in drei Jahren gestreikt. Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Artikels standen wir gerade vor der zweiten Runde von Streiks, eine dritte Runde mit größeren Demonstrationen in Graz, Linz und Wien wurde geplant und eine vierte angedacht.

Gleichzeitig waren die Geschäftsführungen entlang ideologischer Linien, die der Klassenspaltung entsprechen, zutiefst zerstritten. Es waren die VertreterInnen der schwarzen Reichshälfte, die dafür gesorgt haben, dass ein erstes Angebot der swö, welches eine Arbeitszeitverkürzung in zwei Schritten 2021 und 2023 vorgesehen hätte, ohne dieses in Stunden zu präzisieren, wieder zurückgezogen wurde, was allen Gepflogenheiten von Kollektivvertragsverhandlungen widerspricht. Sie sind es auch, die jegliche Verhandlung über eine

35-Stunden-Woche blockierten. Mehrere Medien haben berichtet, dass der Klubobmann der öVP im Nationalrat und ehemalige Gewerkschaftsfunktionär im Sozialbereich, August Wöginger, im Hintergrund die Fäden zog. Gleichzeitig haben sich zahlreiche „rot geführte“ Betriebe – allen voran die Volkshilfe – dafür ausgesprochen, über eine Arbeitszeitverkürzung zu verhandeln.

An diesem Kollektivvertragskonflikt ist klar erkennbar, dass das von vielen Seiten gepflegte Märchen von der Mitte, sowohl sozial als auch politisch, nichts anderes als Vollholler ist. Links oder Rechts. Oben oder unten. Kapital oder Arbeit. Genau darum geht es bei der Frage der Arbeitszeitverkürzung!

## FORDERUNG

Für manche erscheint es erstaunlich, dass die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich die einzige Forderung der beiden verhandelnden Gewerkschaften GPA-djp und vida bei den heurigen Kollektivvertragsverhandlungen waren. Das hat auch verhandlungstaktische Gründe. Wirklich wichtig sind aber die Ursachen für diese Forderung.

Bevor wir uns dieser Frage zuwenden, ist aber noch eine Begriffsklärung erforderlich. Dass die Beschäftigten sich Arbeitszeitverkürzungen nicht selbst finanzieren sollen, ist innerhalb der Gewerkschaftsbewegung allgemein anerkannt. Arbeitszeitverkürzungen müssen also ohne Kürzung bei Löhnen und Gehältern erfolgen, sprich – bei vollem Lohnausgleich.

## WAS BEDEUTET PERSONALAUSGLEICH?

Die Erfahrungen bei der Einführung des heutigen Kollektivvertrages für die Sozialwirtschaft (swö, damals BAGS-Kollektivvertrag), bei welcher die Arbeitszeit vier Jahre lang um jeweils ein halbe Stunde verkürzt wurde, aber auch die gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit in Frankreich auf 35 Stunden haben gezeigt, dass sich die Beschäftigten ihre Arbeitszeitverkürzung oft durch gleich viel Arbeit in weniger Zeit (Arbeitsverdichtung) „erkaufen“. Dabei handelt es sich um einen Prozess, der innerhalb des kapitalistischen Wirtschaftssystems immer kontinuierlich und schleichend erfolgt.

Die Verkürzung der Arbeitszeit kann einen kurzfristigen Ausgleich dafür schaffen, wenn jene Stunden, um die sich die wöchentliche Arbeitszeit für Teile der Beschäftigten verringert, neu besetzt werden. Dieses Modell des Personalausgleichs wurde beim Bundesforum der GPA-djp 2015 weltweit erstmals von einer Gewerkschaft beschlossen.

Neben den individuellen Auswirkungen (Reduzierung von Stress und Arbeitsdruck) birgt der volle Personalausgleich auch ein sozialpolitisches Element in sich. Durch diesen können neue Arbeitsplätze geschaffen werden, da zahlreiche Stunden neu zu besetzen sind.

Bei der Vorbereitung einer Kampagne für die swö-Kollektivvertragsverhandlungen 2017 haben wir beispielhaft durchgerechnet, welche Auswirkungen der volle Personalausgleich auf den Arbeitsmarkt hätte. Zum damaligen Zeitpunkt gab es ca. 440.000 Beschäftigten im Sozial- und Gesundheitsbereich entsprechend der nicht ganz präzisen ÖNACE-Klassifizierung der Wirtschaftszweige mit einer Teilzeitquote von 46,8%. Auf Basis einer Verkürzung der Vollzeit um 3 Stunden könnten alleine in dieser Branche also rund 17.500 neue Vollzeitjobs geschaffen werden! In Anbetracht der nach wie vor hohen Arbeitslosigkeit in Österreich ein nicht zu unterschätzender Beitrag zu deren Senkung.

Die verhandelnden Gewerkschaften streben an, dass es bei einer Arbeitszeitverkürzung ein Vorrecht für Teilzeitbeschäftigte im Betrieb auf zusätzliche Stunden geben soll. Der Anteil von Teilzeitbeschäftigten, die armutsgefährdet oder arm sind, ist nämlich überdurchschnittlich hoch.

Mittlerweile ist der Gesundheits- und Sozialbereich weiter gewachsen. Eine Arbeitszeitverkürzung hat heute als ein noch größeres Potenzial. Gleichzeitig müssen wir festhalten, dass

die Forderung nach der 35-Stunden-Woche nicht bei allen Verhandlungen in der Branche erhoben wird. Für die zahlreichen KollegInnen im öffentlichen Dienst, die im Sozial- und Gesundheitsbereich tätig sind, wurde diese etwa noch nicht gestellt. Doch selbst eine Arbeitszeitverkürzung im swö-Kollektivvertrag, der für rund 125.000 Beschäftigte gilt, würde zahlreiche neue Arbeitsplätze schaffen.

## ARMUTSFALLE TEILZEIT

Entsprechend einer gemeinsamen Erhebung von GPA-djp und vida möchte die große Mehrheit der Beschäftigten – unabhängig davon, ob sie derzeit in Voll- oder Teilzeit beschäftigt sind – in der Branche 30 Stunden in der Woche arbeiten. Aus der jeweiligen Perspektive betrachtet hat das gute Gründe.

Wenn z.B. eine Heimhilfe bei 19 Stunden, also 50% der Normalarbeitszeit, was durchaus im üblichen Rahmen der tatsächlichen Beschäftigungsverhältnisse liegt, gerade einmal knapp über € 1.000,-- brutto verdient, dann ist klar, warum diese KollegInnen mehr arbeiten wollen. Von solch einem Lohn kann niemand leben.

Der Anteil von Teilzeitbeschäftigten, die armutsgefährdet oder arm sind, ist im Sozial- und Gesundheitsbereich überdurchschnittlich hoch, was sich z. B. daran zeigt, dass die untersten 10 % der Einkommensverteilung 2018 nur bis zu 903 Euro netto verdient haben.

Vollzeitbeschäftigte hingegen leiden nicht nur unter einem ohnehin schon hohen und ständig steigenden Arbeitsdruck, sondern leisten im Gesundheits- und Sozialbereich psychische Schwerarbeit. Das halten die meisten keine 38 Stunden in der Woche ohne langfristige Folgeerkrankungen aus. Dass der Gesundheits- und Sozialbereich bei den Berufen mit der höchsten Burn-out-Gefährdung an der Spitze liegt, spricht eine deutliche Sprache.

In diesem Zusammenhang muss die Frage nach dem gesellschaftlichen Wert unterschiedlicher Tätigkeiten gestellt werden. Auch wenn der Gesundheits- und Sozialbereich abgesehen von der direkten Finanzierung durch Sozialversicherungsbeiträge im Wesentlichen aus sparsam zu verwendenden Steuermitteln und ein paar Spenden finanziert wird, kann es nicht sein, dass dieser zu den Branchen mit den schlechtesten Arbeitsbedingungen und der niedrigsten Bezahlung gehört.

Selbst bei Leistungen, die überwiegend auf Grundlage öffentlicher Gelder erbracht werden, muss es möglich sein, bewusst Prioritäten im Sinne der Beschäftigten zu setzen. Ich würde sogar sagen, dass gerade der Einsatz von Steuermitteln so zu erfolgen hat, dass damit gut abgesicherte Arbeitsplätze mit adäquater Bezahlung und hochwertigen Arbeitsbedingungen geschaffen werden müssen.

Das lässt sich an einem drastischen Beispiel nachvollziehen. Für Arbeitsstunden von AutomechanikerInnen verrechnen die Werkstätten laut AK Oberösterreich im Durchschnitt € 96,--. HeimhelferInnen hingegen bekommen bei Vollzeit mit 36 Vordienstjahren nur € 15,10 brutto pro Stunde. Ist das Auto wirklich mehr wert als eine pflegebedürftige Person?

### WAS BRINGT DIE 35-STUNDEN-WOCHE?

Um zu verdeutlichen, was die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 35 Stunden den KollegInnen, für die der swö-Kollektivvertrag gilt, bringen würde, wurde heuer von GPA-djp und vida eine Kampagnenwebsite (<https://35stunden.at/>) erstellt, auf der sich jede und jeder selbst ausrechnen kann, was ihm oder ihr die Arbeitszeitverkürzung in Zeit und/oder Geld bringen würde.

Hier einige Beispiele, die sich an konkreten Einstufungen im swö-Kollektivvertrag 2019 orientieren:

- \* EinE BehindertenbetreuerIn mit 5 Vordienstjahren und 30 Wochenstunden verdient brutto knapp über € 1.800,--. Durch die Arbeitszeitverkürzung würde dieses Bruttogehalt auf rund € 1.955,-- steigen, was über ein ganzes Jahr mehr als ein volles Bruttogehalt zusätzlich ausmachen würde (etwa € 2.170,-- brutto).
- \* Das Gehalt der oben bereits angesprochenen Heimhilfe mit 19 Stunden und 7 Vordienstjahren würde durch die Verkürzung der Normalarbeitszeit auf 35 Stunden um fast € 90,-- brutto im Monat oder mehr als € 1.200,-- brutto im Jahr steigen. Auch hier also mehr als ein Bruttogehalt zusätzlich im Jahr.
- \* Das Gehalt einer Diplomierten Gesundheits- und Krankenpflegeperson mit 36 Stunden und 20 Vordienstjahren würde um etwa € 145,-- brutto im Monat oder rund € 2.040 brutto im Jahr steigen. Gleichzeitig müsste diese Person eine Stunde pro Woche weniger arbeiten, was sich im Jahr auf 6,5 zusätzliche freie Tage summiert.

- \* Vollzeitbeschäftigte würden drei Stunden pro Woche weniger arbeiten oder hätten umgerechnet 18,4 Tage mehr Freizeit im Jahr.

Wir sehen also: Egal für welche Berufsgruppe, egal mit wie vielen Vordienstzeiten, egal wie hoch die wöchentliche Stundenanzahl ist: Die 35-Stunden-Woche hätte für alle Beschäftigten im Gesundheits- und Sozialbereich Vorteile. Teilzeitbeschäftigte würden im Durchschnitt 8,6% mehr verdienen, was sich über das Jahr gerechnet auf mehr als ein Bruttogehalt summiert. Beschäftigte mit 35,5 bis 37,5 Wochenstunden hätten mehr Freizeit und ein höheres Einkommen. Und jene, die derzeit 38 Stunden arbeiten, hätten deutlich mehr Freizeit.

### VOLKSWIRTSCHAFTLICHE AUSWIRKUNGEN

In letzter Zeit gibt es zahlreiche Berichte über Betriebe (auch in Österreich), die die Arbeitszeit von sich aus reduziert haben. Selbst die Geschäftsführungen dieser Firmen sind sich einig, dass diese Maßnahme (abgesehen von geringen Mehrkosten) deutlich positive Auswirkungen zeitigt.

Konkrete Beispiele gibt es auch aus dem Gesundheits- und Sozialbereich. Diese sprechen eine klare Sprache. Nach einem Jahr Arbeitszeitverkürzung auf 6 Stunden pro Tag hat sich bei den 68 Krankenpflegepersonen im Krankenhaus von Svartedalens (Schweden) gezeigt, dass diese nur mehr halb so oft im Krankenstand waren als KollegInnen, die in vergleichbaren Einrichtungen 8 Stunden pro Tag arbeiten.

Der von den Geschäftsführungen oft ins Treffen geführte Personalmangel erweist sich bei genauer Betrachtung als Schmäh. Zum einen gibt es zahlreiche Teilzeitbeschäftigte, die liebend gerne Stunden aufstocken würden. Zum anderen gibt es laut Gesundheitsberuferegister in der Pflege bis zu 40.000 ausgebildete Fachkräfte, die nicht in ihrem Beruf tätig sind. In anderen Berufsgruppen beginnen oft nicht einmal ein Viertel der ausgebildeten Fachkräfte überhaupt in ihrem erlernten Beruf zu arbeiten, was z.B. für ElementarpädagogInnen gilt.

Das ist die Folge einer vollkommen verfehlten Ausbildungspolitik. Einerseits sind die meisten von uns mit 15 Jahren nicht wirklich imstande, sich vorzustellen, was ein bestimmter Beruf in fünf Jahren bedeuten wird. Andererseits werden viele während der praktischen Ausbildung von der immensen Kluft zwischen Theorie und Praxis abgeschreckt.

Tatsächlich kennt fast jeder von uns Beispiele von hochqualifizierten KollegInnen, die sagen: „Um die paar Euro tu ich mir den Stress und Druck und die enorme Verantwortung für die Menschen, mit denen ich arbeite, schlicht und einfach nicht mehr an. Da geh ich lieber zum [X-beliebiger internationaler Konzern einsetzen] und verdiene für eine lockere Hockn in der Verwaltung 50% mehr.“

Oft handelt es sich dabei nicht um KollegInnen, die sich prinzipiell nie mehr vorstellen können, in ihrem Beruf zu arbeiten. Sonst würden sich z.B. diplomierte Pflegepersonen nicht ins Gesundheitsberuferegister eintragen lassen. Es geht also um die derzeitigen Arbeitsbedingungen.

Es gibt sie – die tausenden und abertausenden KollegInnen, die trotz hervorragender Ausbildung sagen: Nicht zu diesen Bedingungen. Eine zentrale davon ist die Arbeitszeit. GPA-djp und vida sind davon überzeugt, dass mehr KollegInnen länger im Beruf bleiben (oder sogar in diesen zurückkehren) werden, wenn die Kombination aus Arbeitszeit und Einkommen eine bessere wäre. Eine Arbeitszeitverkürzung auf 35 Stunden bei vollem Lohn- und Personalausgleich wäre folglich ein wichtiger Beitrag gegen den laut Massenmedien, ExpertInnen und PraktikerInnen in Zukunft drohenden Pflegenotstand. 🇩🇪

**AXEL MAGNUS**

ist Betriebsratsvorsitzender der Sucht- und Drogenkoordination Wien und Mitglied im großen Verhandlungsteam für den swö-Kollektivvertrag.



**OHARA HOUSE, SILVER LAKE, LOS ANGELES, 1961**  
Foto: David Schreyer 2017

# Das Erbe des 12. Februar

Die Ereignisse des 12. Februar 1934 jähren sich heuer zum 86. Mal. Die ZUKUNFT sprach mit dem Zeithistoriker **DR. FLORIAN WENNINGER** über die historischen Ereignisse, die Erinnerung daran und die Bedeutung von Geschichte und Gedenkkultur für die Gegenwart.

**ZUKUNFT:** Der österreichische Bürgerkrieg ist jetzt 86 Jahre her und dauerte nur wenige Tage. Man könnte meinen, 86 Jahre wären genug Zeit, um die Ereignisse dieser Tage aufzuarbeiten. Warum sind die Ereignisse des 12. Februar bis heute ein Thema politischer und historischer Kontroversen?

Der Erinnerungsort 12. Februar berührt gleich mehrere schwierige Themenkomplexe. Da ist erstens das persönliche Erleben: alle Bundeskanzler bis 1970 waren Funktionsträger des Austrofaschismus gewesen, 1970 übernimmt dieses Amt dann mit Bruno Kreisky einer, den das Schuschnigg-Regime aufgrund seiner politischen Haltung ins Gefängnis gesteckt hat. Bis Anfang der 1980er sind die politischen Eliten also selbst noch zu einem guten Teil in der Zwischenkriegszeit sozialisiert gewesen und wirkten die damaligen Erfahrungen auf individueller Ebene nach. Das übrigens nicht nur unter den hohen Amtsträgern, sondern auch an der Basis der Parteien. Ich habe mehrfach noch in den 1990ern mit alten SozialdemokratInnen gesprochen, die im Bewusstsein gelebt haben, dass die ÖVPler »die sind, die 34 auf uns geschossen haben«. Die konnten die Freiheitlichen nicht leiden – aber die Schwarzen haben sie für 34 noch immer gehasst, insofern war „34“ ein regelrechter Teil ihrer politischen Identität. Abseits von traditionsbewussten Organisationsteilen scheint mir das in der Sozialdemokratie heute aber keine große Rolle mehr zu spielen. Auf dem anderen politischen Ufer ist die Dollfuß-Nostalgie, die in der ÖVP noch Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg weit verbreitet war, heute kaum mehr vermittelbar, mit Ausnahme vielleicht von ein paar ganz konservativen CV-Verbindungen. Ich war bei den letzten beiden Dollfuß-Messen, die jährlich am 25. Juli in der Hauskapelle des Bundeskanzleramtes gelesen wurden, bevor Faymann das 2010 abgestellt hat. Obwohl mehrere Mitglieder von ÖVP-geführten Kabinetten anwesend waren, hatten diese Veranstaltungen eher den Charme eines Obskurantenzirkels als einer

schwergewichtigen Politrunde. Slickten Konservativen vom türkisen Schlag dürfte das kulturell ziemlich fremd sein.

Zweitens ist der 12. Februar 1934 natürlich auch in der Außendarstellung der Parteien von gewisser Bedeutung. Diese Bedeutung nimmt zwar mit den Jahren ab, ganz zu unterschätzen ist sie wohl trotzdem nicht. Wer trug die Schuld am Untergang der Ersten Republik? Wer war Anhänger von Diktatoren gewesen, wer von jeher Demokrat und Republikaner? Das sind Fragen, die auch Menschen außerhalb der Parteien interessieren. Zuletzt war das im Jahr 2000 spürbar, als bei den Antiregierungsprotesten sofort auf die austrofaschistische Vergangenheit des konservativen Milieus Bezug genommen wurde.

Last not least wirft uns der Februar 1934 aber auch ganz einfach auf eine zentrale demokratiepolitische Frage zurück: ab wann haben BürgerInnen das Recht, ihre verfassungsmäßig garantierten Rechte notfalls gewaltsam zu verteidigen? Und zwar auch dann, wenn das Gegenüber ein Staatsapparat ist, der gerade seine demokratische Kontrolle abschüttelt? Ab wann gibt es also eine Art staatsbürgerliches Notwehrrecht?

**ZUKUNFT:** Im Linzer Programm von 1926 warnte die Sozialdemokratie davor, dass die Bourgeoisie versucht sein werde, „die demokratische Republik zu stürzen, eine monarchistische oder faschistische Diktatur aufzurichten, sobald das allgemeine Wahlrecht die Staatsmacht der Arbeiterklasse zu übertragen droht.“ Die Gefahr einer bewaffneten Konfrontation zwischen Heimwehr und Regierung einerseits und dem Republikanischen Schutzbund andererseits begleitete die 1. Republik schon seit der Mitte der 1920er-Jahre. Aber als im Februar 1934 die Kämpfe ausbrachen, geschah das ein Jahr

nach der Beseitigung der Demokratie gegen den Willen des sozialdemokratischen Parteivorstands. Warum?

Die Erste Republik war bereits seit dem Zeitpunkt ihrer Ausrufung bedroht. Als die Monarchie in den letzten Zügen lag, wälzten bürgerliche Politiker und Militärs Pläne, wie man den Umsturz eventuell militärisch verhindern und eine Diktatur errichten könne. Das Problem war nur: die Truppen gehorchten nicht mehr zuverlässig. Wenn man die gegen die eigene Bevölkerung losschickte konnte das womöglich in einem völligen Fiasko enden, deshalb ließ man es vorsichtshalber ganz bleiben. Stattdessen versuchte die politische Rechte in den folgenden Jahren, wieder Gewaltmittel in die Hand zu bekommen, und zwar auf dreierlei Art und Weise: Durch die Säuberung des Militärs, vor allem des Offizierskorps von Sozialdemokraten; Durch die Aufrüstung der politisch zuverlässig rechts stehenden Polizei; und schließlich durch die Aufstellung rechter Paramilitärs, also vor allem der Heimwehren. Die Sozialdemokratie hat diese Gefahren bald erkannt und begann deshalb 1923, aus ihren unterschiedlichen Ordnerformationen eine eigene Miliz aufzustellen: den Republikanischen Schutzbund. Zweck des Schutzbunds war es, einen Heimwehrputsch zu verhindern, wobei man strategisch annahm, dass die Staatsmacht sich im Konfliktfall neutral verhalten werde, weil der sozialdemokratische Einfluss auf die Mannschaften des Heeres nach wie vor stark war. Bis Ende der 1920er Jahre waren die politischen Säuberungen im Militär aber so weit vorangeschritten, dass ein derartiges Einsatzszenario unrealistisch geworden war. Im Fall einer militärischen Konfrontation würde man es jetzt nicht nur mit den Heimwehren, sondern auch mit Bundesheer und Exekutive zu tun bekommen. Das waren keine guten Aussichten, daher wollte der Parteivorstand diesen Kampf nicht riskieren. Zugleich wollte man den Schutzbund aber auch nicht einseitig abrüsten, wie das etwa Karl Renner vehement verlangt hat. Denn in diesem Fall, so fürchtete man, verlöre man nicht nur eine Drohkulisse nach außen, sondern vor allem auch die Möglichkeit, den eigenen Mitgliedern und Sympathisanten Stärke und Wehrbereitschaft zu signalisieren. Welche Folgen das haben konnte hatte man zuvor in Italien gesehen. Dort hatte eine kleine, gut organisierte Gruppe von Rechtsterroristen – die Faschisten Benito Mussolinis – eine zahlenmäßig weit überlegene, aber militärisch wehrlose Linke in einem jahrelangen Kleinkrieg demoralisiert und zerschlagen.

**ZUKUNFT:** Dass der Bürgerkrieg letztlich durch eine Waffensuche im Linzer Arbeiterheim und den Widerstand des öö. Schutzbunds dagegen ausgelöst wurde – war das einfach

ein historischer Zufall, oder gab es besondere Gründe dafür, dass die Kampfhandlungen in Oberösterreich ihren Ausgang nahmen?

Es ist tatsächlich bemerkenswert, dass die Kämpfe nicht dort ausbrachen, wo die Sozialdemokratie stark war – in Wien also – sondern dort, wo sie vergleichsweise schwach war: im Alpenvorland. Der Februar 1934 war, wie Sie schon sagten, keine vom Parteivorstand angeordnete Aktion, sondern ein Akt der Selbstständigkeit an der Parteibasis. Die Frage ist also: Weshalb bricht die Autorität der Parteiführung an der Peripherie früher als im Zentrum? Die Antwort: Die SDAPÖ als Partei wuchs in ihrer Gesamtheit bis Anfang der 1930er kontinuierlich an. Dabei waren die Zuwachsraten in Wien aber so massiv, dass sie den Blick darauf verdeckten, dass die sozialdemokratischen Landesorganisationen abseits der Bundeshauptstadt seit Mitte der 1920er stagnierten oder Mitglieder verloren. Diese Tendenz verschärfte sich nach Einsetzen der Weltwirtschaftskrise: Während die Wiener Sozialdemokratie mit ihrem beispiellosen Apparat und ihrem breiten Vorfeld den Menschen zwar auch keine Arbeit verschaffen konnte, war sie aber immerhin in der Lage, Zusammenhalt und Zuversicht zu vermitteln. An der Peripherie versank derweil alles in Depression. Hinzu kam, dass der Druck auf die Roten am Land viel massiver war als in Wien. Die permanenten Anfeindungen bis hin zu gewaltsamen Attacken, die Isolation und natürlich auch die ökonomische Perspektivenlosigkeit ließen große Teile der Arbeiterschaft in der Provinz demoralisiert zurück. Vor allem junge Leute beschlossen irgendwann, vor dem stetig steigenden Druck nicht mehr länger zurückzweichen, einmal wenigstens zurück zu schlagen. Anders als in Wien, wo die Parteidisziplin bis 1934 eisern hielt, nahm an der Peripherie dabei niemand mehr Rücksicht auf den Vorstand.

**ZUKUNFT:** Die Niederlage der SozialdemokratInnen wird u.a. auch mit der Kopflösigkeit des durch Verhaftungen und Waffensuchen und die weit vorangeschrittene Demoralisierung der ArbeiterInnenschaft geschwächten Schutzbunds erklärt. Der frühere k.u.k.-General, sozialdemokratische Bundesrat und spätere Bundespräsident Theodor Körner hatte aber bereits in den 1920er-Jahren das militärische Konzept des Schutzbunds in Frage gestellt. Lässt sich historisch beurteilen, unter welchen Umständen der Widerstand des Schutzbunds erfolgreich hätte sein können?

Nicht wirklich. Natürlich hatte Körner mit zwei Punkten recht: als parastaatliche Armee war der Schutzbund absurd.

Wenn sie sich auf einen Bürgerkrieg vorbereiten wollte, musste die Sozialdemokratie andere Formen und Methoden der Kampfführung entwickeln als sie eine staatliche Armee gebrauchen würde. Es stimmte außerdem, dass die Linke von vornherein nur eine Chance hatte, wenn es ihr gelang, sich die Unterstützung der gesamten Arbeiterklasse zu sichern. Im Klartext hieß das, die städtische Bevölkerung musste bereit sein, einen Guerilla-Krieg gegen die Obrigkeit mitzutragen. Es war nun allerdings nicht so, dass nur Körner sich der Rahmenbedingungen bewusst gewesen wäre. Auch Leute wie Otto Bauer und Julius Deutsch, die Körner schließlich aus der Schutzbundführung drängten, verstanden sehr gut, was die geänderten Rahmenbedingungen bedeuteten. Während Körner aber nach einer militärischen Antwort auf das Problem suchte, bemühten sie sich stärker um eine politische Perspektive. Im Nachhinein ist schwer zu entscheiden wer Recht hatte. Auch Körners Konzept war natürlich kein Garant für den Erfolg, zumal die Weltwirtschaftskrise die Kampfbereitschaft der Arbeiterschaft nicht gesteigert, sondern gesenkt hatte. Und selbst wenn es gelungen wäre, sich der Hauptstadt zu bemächtigen war das flache Land doch klar in der Hand der Regierungskräfte, die zudem von zwei Nachbarstaaten, Italien und Ungarn, unterstützt wurden. Wer hätte demgegenüber die rote Wiener Commune unterstützen sollen? Die Tschechoslowakei? Jugoslawien? Selbst wenn die kleine Entente politisch vermutlich schon aus Eigennutz sympathisiert hätte, hätte sie wohl kaum militärisch interveniert. Unter diesen Voraussetzungen waren die Erfolgsaussichten in jedem Fall keine Guten.

ZUKUNFT: Im Vorjahr hat ein neues Buch des Historikers Kurt Bauer in Frage gestellt, ob die Februarkämpfe als „Heldengeschichte“ erzählt werden könne, oder ob der bewaffnete Widerstand nicht vielmehr selbst für die Opfer der Ereignisse verantwortlich zu machen sei. Wie sehen Sie das?

Wilfried Garscha, der selbst vor Jahren auch ein Buch über den Februar 1934 geschrieben hat, hat Kurt Bauer einen »reaktionären Humanismus« vorgeworfen. Ich finde, das trifft die Sache ganz gut. Bauers Argument lautet im Wesentlichen: die Aufständischen mussten wissen, dass sie keine Chance haben würden und nahmen dennoch keine Rücksicht auf sich und andere – das ist amoralisch. Dieses Argument wischt aber natürlich letztlich jede politische oder moralische Rechtfertigung von Widerstand vom Tisch und sagt: Widerstand ist nur legitim, wenn er Aussicht auf Erfolg hat. Wenn man das konsequent weiter denkt wäre der Widerstand gegen den Na-

tionalsozialismus ebenfalls verwerflich gewesen, wären soziale Kämpfe überhaupt nur zu führen wenn der Sieg sicher wäre, was praktisch nie der Fall ist. Da finde ich insgesamt Vaclav Havel überzeugender, wenn er sagt: es gibt Dinge die getan werden müssen, unabhängig davon, wie sie letztlich ausgehen. Will heißen: Widerstand ist immer ein Wagnis und dennoch ungeheuer wichtig. Bauers zweiter Punkt, die Unterstellung, die Schutzbündler hätten in Wirklichkeit ebenso wie Dollfuß auf eine Diktatur hingesteuert, ist schlicht ahistorisch, das Buch beinhaltet auch abseits dessen zahlreiche historische Fehler.

ZUKUNFT: Seit Jahrzehnten beschäftigt HistorikerInnen und PolitikerInnen die Frage, ob und wie der Bürgerkrieg verhindert hätte werden können. Durch eine „Große Koalition“? Durch entschlosseneres Handeln der Opposition nach den Ereignissen des 15. Juli 1927? Wie realistisch sind diese Szenarien?

Eine Demokratie funktioniert nur, wenn sie auf einem gemeinsamen Konsens basiert, auf einem kleinsten gemeinsamen Nenner zumindest der relevanteren politischen Kräfte. So weit, so klar. Die Geschichtsschreibung, die jahrzehntelang stark von Konservativen geprägt wurde, hat daher das Scheitern der Ersten Republik auf das Fehlen eines derartigen Konsenses zurückgeführt, das war dann die Erzählung von der Republik, die keiner wollte. In Wirklichkeit hat man hier aber das Kind mit dem Bad ausgeschüttet. Die Erste Republik kannte keinen demokratischen Grundkonsens, das ist richtig. Aber das hieß weder, dass es keine Demokraten gegeben hätte, noch, dass die Republik als Staatsform keine Anhänger gehabt hätte. Es gab keinen Konsens, weil sich Demokraten und Republikaner nur auf einen Teil des politischen Spektrums beschränkten: auf die Linke. Das bürgerliche Milieu war in seiner überwiegenden Mehrheit ab Anfang der 1920er demokratieskeptisch, um es milde auszudrücken. Die Republikproklamation war überhaupt nur möglich, weil es zu einer doppelten Ausnahmesituation gekommen war: einerseits bildeten Teile der katholischen Bauernschaft, besonders in Westösterreich, eine Allianz mit der sozialdemokratischen Industriearbeiterschaft in den Städten, um das Kriegsregime in die Knie zu zwingen. Andererseits hatte der Staat vorübergehend sein Gewaltmonopol verloren, die Obrigkeit konnte damit im entscheidenden Moment ihre Autorität nicht ausspielen und implodierte. Nachdem sich innerhalb der Christlichsozialen Anfang der 1920er die Hardliner gegen die moderateren Kräfte durchgesetzt hatten und sich das deutschnationale Milieu im-

mer stärker radikalisierte gab es für die Republik wohl frühzeitig nur noch eine Perspektive: die militärische Macht der Linken, die die Rechte vielleicht von einem Putsch abhalten würde. So gesehen war die entscheidende Wegmarke vermutlich wirklich der 15. Juli 1927. Die Regierung Seipel ließ gemeinsam mit der Exekutive einen Testballon steigen: Wie würde sich die Sozialdemokratie, wie würden sich aber auch die Soldaten des Bundesheeres verhalten, wenn man gegen die Linke militärisch vorging und der linken Dominanz auf der Straße militärisch begegnete? Wenn man also, wie schon in der Monarchie, Arbeiterdemonstrationen zusammenschießen ließe? Das Ergebnis des Experiments vom Juli 1927 war klar: die Sozialdemokratie scheute vor der direkten Konfrontation zurück – und in den Kasernen blieb es ruhig.

Außerhalb Wiens war die Regierung ohnehin bereits nach wenigen Stunden Herrin der Lage. Ab diesem Zeitpunkt zog sich die Schlinge schrittweise um den Hals der Sozialdemokratie zusammen. Und was die Option einer großen Koalition betrifft: das ist gut erforscht, eine Regierungskooperation auf Augenhöhe war aus Sicht der Christlichsozialen seit 1920 zu keinem Zeitpunkt ein realistisches Szenario. Politisch wäre es für die Sozialdemokratie Selbstmord gewesen sich darauf einzulassen, das wussten beide Seiten ganz genau.

ZUKUNFT: Nach den Februarkämpfen wurde die Sozialdemokratische Partei samt ihren Nebenorganisationen verboten, die sozialdemokratischen Mandate in Parlamenten und Gemeinderäten annulliert. Welche Folgen hatten die Ereignisse für Arbeiterkammern und Gewerkschaften?

Bereits vor der Errichtung der Diktatur, als die Weltwirtschaftskrise 1930 Österreich erreichte, war die christlichsozial geführte Bundesregierung gegen die sozialdemokratischen Gewerkschaften vorgegangen. Wichtig war hier vor allem das »Antiterrorgesetz« von 1930, das die gewerkschaftliche Organisation in den Betrieben hemmen und eine Closed-Shop-Politik verhindern sollte. Im April 1933, sechs Wochen nach der Ausschaltung des Parlamentes, folgte ein weitgehendes Streikverbot. Im Dezember 1933 wurden die Betriebsräte in den staatlichen Unternehmen aufgelöst und die Arbeiterkammern unter staatliche Kuratel gestellt. Die Freien Gewerkschaften schließlich wurden nach den Februarkämpfen 1934 so wie das gesamte sozialdemokratische Organisationsspektrum verboten. Die Betriebsratskörperschaften wurden zwar nicht pauschal aufgelöst, rote Betriebsräte aber mit einem Betätigungsverbot belegt. Wie es dann weiter gehen sollte war

innerhalb des Regimes zunächst umstritten: sollte man die Arbeiterkammern auflösen? Widersprach eine gewerkschaftliche Organisation – in welcher Form und wie systemloyal auch immer – nicht dem korporatistischen Grundgedanken des Staates? Schlussendlich setzte sich die Dollfuß-Linie durch: Arbeiterkammern als Institution mit verpflichtender Mitgliedschaft beizubehalten und außerdem eine hörige Einheitsgewerkschaft mit freiwilliger Mitgliedschaft zu gründen. In letzterer hatten zwar Vertreter der christlichen Arbeiterorganisationen das Sagen, aufgrund ihrer geringen Zahl und ihres überschaubaren Rückhaltes waren diese Leute in der Praxis aber gezwungen, mit den niedergehaltenen Roten zusammen zu arbeiten. Wie wenig es insgesamt gelang, die Arbeiterschaft ins System zu integrieren machen nicht nur zahlreiche Stimmungsberichte der Generaldirektion für die Öffentliche Sicherheit klar, sondern auch das Ergebnis der einzigen, wenigstens in Teilen freien Wahlen während des Austrofaschismus, der Vertrauensleutewahlen in den Betrieben 1936: Im Vorfeld hatte es massiven polizeilichen Druck auf die Opposition gegeben. Um auf Nummer sicher zu gehen war außerdem zahlreichen politisch verdächtigen Subjekten eine Kandidatur von vornherein untersagt worden. Trotzdem wurde die Wahl für die Regierung zu einem Fiasko. Die illegalen Freien Gewerkschaften erzielten einen großen Erfolg. Weder ihnen noch den Revolutionären Sozialisten gelang es allerdings je, das Regime zu substanziellen Zugeständnissen zu bewegen, nicht einmal im Auge des Orkans, im Februar 1938. Für Schuschnigg und seine Leute stand der Feind selbst da noch eindeutig links.

ZUKUNFT: Bis heute drücken vielfach die verwendeten Begrifflichkeiten, mit denen über die Ereignisse der Jahre 1933/34 gesprochen wird, bereits Bewertungen und Haltungen aus: „Austrofaschismus“, „Ständestaat“, „Dollfuß-Diktatur“ – wofür stehen diese Begriffe?

Nicht zuletzt aus der politischen Kommunikation wissen wir: Wie man Vorgänge, Organisationen oder Gruppen nennt hat maßgeblichen Einfluss auf das Bild, das sich andere von ihnen machen. Die Industrie hat deshalb seit den 1990ern Unmengen dafür ausgegeben, Begriffe wie »Erderwärmung« oder »Treibhauseffekt« aus dem Diskurs zu drängen. Die wirkten zu verstörend. Stattdessen wurde der wesentlich weniger angstbesetzte Begriff »Klimawandel« eingeführt, der klingt viel weniger bedrohlich. Dass auch »Klimawandel« inzwischen zu einem Synonym für »Krise« geworden ist, verweist letztlich nur auf die immer beängstigender verlaufende Entwicklung,



**OHARA HOUSE, SILVER LAKE, LOS ANGELES, 1961**  
Foto: David Schreyer 2017

widerspricht dem ursprünglichen Befund aber an sich nicht. Ähnlich war es mit der Begriffsdebatte rund um das Regime der Jahre 1933–1938. Im März 1933, nachdem man das Parlament ausgeschaltet hat, wurde im Christlichsozialen Klubvorstand diskutiert, ob man nun einen »Faschismus einführen« solle. Das Ergebnis: Ja, aber man soll nicht Faschismus dazu sagen. Das hatte vor allem mit internen Auseinandersetzungen zwischen Leopold Kunschaks katholischen Arbeitervereinen und den Heimwehren zu tun. »Faschismus« war ein Schlagwort, das die Heimwehren für sich in Anspruch nahmen. Die Diktatur mit diesem Label zu versehen hätte bedeutet, ihr einen Heimwehrstempel aufzudrücken. Und das mochte zwar faktisch richtig sein, aber wenigstens symbolisch waren Kunschaks Leute dazu nicht bereit. Das Regime selbst bezeichnete sich dann wahlweise als das »neue« Österreich, als »ständisch«, »christlich-deutsch« etc. Es gibt aber eine Fülle von Quellen, die ganz unzweifelhaft belegt, dass das für die handelnden Personen alles Synonyme waren, und zwar Synonyme für »Faschismus«, für eine Diktatur nach italienischem Zuschnitt. Es fühlte sich auch kein rechter Politiker beleidigt, wenn er von seinen Gegnern als »Faschist« bezeichnet wurde. Nach 1945 war die Situation dann aber etwas anders gelagert. Anfangs sprachen hohe Repräsentanten, etwa Leopold Figl, von sich selbst noch recht selbstverständlich als »Austrofaschisten«. Allerdings wurde rasch klar, dass damit kein Blumentopf mehr zu gewinnen war, im Gegenteil: dem Faschismus haftete nun das Odium von Krieg und Massenmord an, damit wollte man tunlich nicht assoziiert werden. Also versucht die ÖVP gezielt, alternative Begriffe in Umlauf zu bringen, vor allem »Ständestaat« oder auch »autoritäres Regime«. Erst in den 1990ern setzt sich auch unter Konservativen langsam ein Konsens darüber durch, dass es jedenfalls eine Diktatur war. Wichtig war und ist aber immer noch das Bestehen darauf, dass es eben kein »Faschismus« gewesen sei, der Begriff ist seit den Nazis einfach toxisch. Auf wissenschaftlicher Ebene ist die Debatte um den Charakter des Regimes natürlich auch nicht ganz von der Bewertungsfrage zu lösen. Hier gibt es manche, vor allem konservative Kolleginnen und Kollegen, die das Konzept »Faschismus« per se für unwissenschaftlich halten und es daher grundsätzlich nicht gebrauchen. Für die ist das ein kommunistischer Kampfbegriff und damit basta. Andere sagen: natürlich gibt's Faschismus, aber im österreichischen Fall treffen mehrere konstitutive Merkmale nicht zu: kein Massenterror, kein Eroberungskrieg, keine Massenbasis, außerdem eine wesentlich stärkere Stellung der katholischen Kirche und ein Staat, der seine Autorität auch gegenüber den neuen parastaatlichen Strukturen behauptet. Außerdem seien auch

Dollfuß und Schuschnigg keine typisch faschistischen Führerfiguren gewesen. Mir scheinen das alles recht hinterfragbare Kategorien zu sein. Kein Massenterror? Naja: die Etablierung des Austrofaschismus hat 1934 unterm Strich etwa ebenso vielen Menschen das Leben gekostet wie die Durchsetzung der NS-Herrschaft in Deutschland 1933 – mit dem Unterschied, dass Österreich nur ein Zehntel der Bevölkerung hatte. Mangelnde Gewaltbereitschaft ist also offenkundig nicht das Problem gewesen. Die mangelnde Durchdringung übersieht, dass der Austrofaschismus nur vergleichsweise kurz bestand, in Italien oder Deutschland hat die Durchdringung des Staatsapparates ja auch Jahre gebraucht. Und zum fehlenden Expansionskrieg: auch Faschisten müssen sich nach der Decke strecken. Zwar hat der Austrofaschismus massiv aufgerüstet und die Militarisierung der Gesellschaft vorangetrieben, aber wen hätte er denn überfallen und kolonisieren sollen? Er war ja umgeben von militärisch wesentlich stärkeren Nachbarn. Im Kern bleiben bei dieser Diskussion also zwei Fragen übrig: in Italien und Deutschland ist der Faschismus im Bündnis mit anderen konservativen Kräften als Seniorpartner an die Macht gekommen. In Österreich hat eine demokratisch legitimierte Regierung eine Diktatur errichtet, um nicht abgewählt zu werden. Fortan hat sie sich zweifellos an faschistischen Konzepten orientiert – aber ist sie deshalb wirklich faschistisch, tut sie nicht vielmehr nur so? War es also kein generischer, sondern „nur“ ein „Imitationsfaschismus«? Und zweitens: in Italien und Deutschland war eine aggressive Außenpolitik ein faschistisches Kernanliegen, nicht aber in Österreich. Wenn Österreich deshalb aber kein Faschismus gewesen sein kann, dann hieße das konsequenterweise ja, dass Faschismus in Kleinstaaten grundsätzlich ein Ding der Unmöglichkeit wäre. Die Unterscheidung zwischen einem „generischen« und einem „Imitationsfaschismus“ halte ich für konstruiert. Seit Mussolinis Schwarzhemden waren alle, die im nacheiferten Imitationsfaschisten. Ich wüsste nicht, wie sie das weniger faschistisch machte. Was schließlich das Kleinstaaten-Argument betrifft, so wird hier meines Erachtens falsch gedacht. Richtig ist, dass der Faschismus an der Macht ein Regimetypus ist, der die bestehende Besitzordnung durchsetzt, ihre Gegner verfolgt und unterdrückt, zugleich aber bemüht ist, die Arbeiterschaft zu integrieren mit dem Versprechen einer Palingenese, einer nationalen Wiedergeburt. Große Regime können dabei plausibler als kleine durchblicken lassen, dass auf die nationale Erweckung Raubzüge folgen würden, von denen dann für alle etwas abfiele. Der Austrofaschismus konnte das nicht, das hat ihn auch derartig instabil gemacht: er hatte nicht mehr anzubieten als den Status Quo. Das ist aber keine kategoriale

Frage. Zusammenfassend: unter den theoretischen Konzepten die am Tisch liegen halte ich das Faschismus-Paradigma mit Abstand für das plausibelste. Dabei gehe ich aber nicht von einem Faschismus sui generis aus, sondern von einem Kleinstaatenfaschismus mit großen Ähnlichkeiten etwa mit dem portugiesischen Regime, der aber natürlich auch durch nationale Eigenarten charakterisiert war.

ZUKUNFT: Bis 1933 gingen die rasanten Zugewinne der Nazis v.a. auf Kosten der bürgerlichen Parteien. Hat sich das nach dem Februar 1934 grundlegend geändert? Konnten die Nazis von der Zerschlagung der sozialdemokratischen Opposition profitieren?

Die NS-Zugewinne von den bürgerlichen Parteien waren in erster Linie Wahlstimmen. Die NS-Aktivist\*innen rekrutierten sich dagegen vor allem aus dem deutschnationalen Vereinswesen, dem studentischen Milieu und der paramilitärischen Szene, erst relativ spät kannibalisierten die Nazis dann die ohnehin recht dünne Funktionärsschicht der nationalen Parteien. Im Hinblick auf die Christlichsozialen bildet der Antisemitismus sicherlich einen wichtigen Anknüpfungspunkt, der den Seitenwechsel begünstigte, vor allem war das aber eine Sache der Gewerbetreibenden, Beamten und Akademiker, weniger der bäuerlichen Strukturen. Im Fall der Sozialdemokratie wissen wir, dass sie in Wien bis zu ihrer Zerschlagung 1933/34 fast völlig resistent war, in den Arbeiterbezirken fielen die NS-Wahlergebnisse signifikant schlechter aus als in den bürgerlichen Innenstadtbezirken, Wählerwanderungen von der SDAP zur NSDAP waren marginal. Allerdings gelangen den Nazis Einbrüche ins sozialdemokratische Klientel an der Peripherie, also dort, wo die Menschen nicht stark genug eingebunden waren in eine sozialdemokratische Alltagskultur, die eine Schutzwall-Funktion haben konnte. Unterm Strich waren das verglichen mit den bürgerlichen Parteien aber immer noch relativ moderate Verluste. Nach 1934 gab es keine Wahlen mehr, bei denen sich zeigen hätte können, ob sozialdemokratische Wähler in größerer Zahl zu den Nazis übergelaufen wären. Gab es aber rote Aktivist\*innen, die in größerer Zahl zu den Nazis wechselten? In der Geschichtsschreibung findet sich diese Behauptung immer wieder, sie wird allerdings nie mit Quellen unterlegt. Was wir wissen: Der Kommandeur des oberösterreichischen Schutzbundes, Richard Bernaschek und einer seiner engen Vertrauten, Otto Huschka, flohen mithilfe von Nazis aus dem Gefängnis und nach Deutschland. Bernaschek sondierte dort kurz die Optionen für eine Querfront, also für ein Bündnis mit den Nazis. Als er aber erkennen

musste, dass daraus nichts werden würde, wandte er sich ab. Huschka dagegen trat im deutschen Exil der SA bei und blieb für den Rest seines Lebens ein Nazi. Solche Fälle waren kein Massenphänomen, aber Huschka war sicher auch kein Einzelfall. Es gab darüber hinaus zweifelsfrei im März 1938 mehrere prominente Sozialdemokrat\*innen, die für ein »JA« bei der Volksabstimmung warben, von Karl Renner bis zum ehemaligen Steyrer Bürgermeister Franz Sichelrader. Sind das Belege für massenhafte Übertritte? Wohl kaum. Das Problem ist, dass wir schlicht keine verlässlichen Quellen haben um die Frage zweifelsfrei zu klären.

Die illegale NSDAP hat natürlich aus Rücksicht auf die polizeiliche Verfolgung keine umfassenden Mitgliederkarteien geführt und die Sozialdemokrat\*innen haben auch keine Überläuferregistereien angelegt. Wir haben aber etwa Beitrittswerber-Unterlagen aus dem Jahr 1938, wo Menschen, die der NSDAP beitreten wollen, ihre früheren Parteimitgliedschaften angeben mussten. In einem Sample von tausend derartiger Bögen finden wir je nach Zahlart etwa zwei bis drei Prozent ehemaliger Sozialdemokrat\*innen. Selbst, wenn wir annehmen, dass nur jeder fünfte seine frühere sozialdemokratische Mitgliedschaft wahrheitsgemäß angegeben hat und in Wahrheit zehn Prozent der NSDAP-Mitglieder ehemalige Sozialdemokrat\*innen gewesen wären, dann kämen wir auf einen Wert von rund 70.000 Personen, das entspräche zehn Prozent der vormaligen sozialdemokratischen Parteimitglieder. Ob die Nazis von der Zerschlagung der Sozialdemokratie profitieren konnten schließt aber mehr Aspekte ein als bloße Parteiübertritte. Und dann wird recht offensichtlich, dass die Zerschlagung der Sozialdemokratie den Nazis nützte. Der Vorteil für die NSDAP lag schlicht darin, dass die Sozialdemokratie als politischer Faktor ausgeschaltet war, dass daher keine breite gesellschaftliche Abwehrallianz möglich war. Anders etwa in Frankreich, wo das Vordringen der radikalen Rechten von einer Volksfront aus linken und bürgerlich-liberalen Kräften erfolgreich abgewehrt wurde.

ZUKUNFT: Im März 2020 jährte sich der Wahlsieg Bruno Kreiskys 1970 zum 50. Mal. Im März 1936 saß der spätere Bundeskanzler mit einer ganzen Reihe späterer sozialdemokratischer SpitzenpolitikerInnen wegen ihrer Tätigkeit für die illegale „Revolutionären Sozialisten“ auf der Anklagebank. Welche realistische Perspektive hatte die illegale sozialdemokratische Bewegung?

Seit 1918 unterschied sich die österreichische Sozialdemokratie von den meisten ihrer europäischen Schwesterparteien

in einem wesentlichen Punkt: sie war nicht zerbrochen, ihr linker Flügel hatte sich nicht abgespalten um eine kommunistische Partei zu gründen. Stattdessen hatte er die eigene Partei übernommen. In gewisser Weise wurde diese Sonderentwicklung unter dem Druck von Dollfuß' Staatsstreich korrigiert: noch bevor die Partei im Februar 1934 verboten wurde, war sie faktisch zerbrochen. Der weitaus größte Teil der Parteibasis zog sich demoralisiert und enttäuscht in die Passivität zurück. Einige Repräsentanten des rechten, niederösterreichisch dominierten Parteiflügels versuchten, sich mit dem Austrofaschismus zu akkommodieren und die Chance zu nützen, endlich die ungeliebten linken Wiener loszuwerden, die Oskar Helmer und sein Adlatus Heinrich Schneidmadl nur »die Juden« nannten. Eine weitere Strömung, ein paar tausend vornehmlich junge AktivistInnen und einzelne Intellektuelle wie der AK-Redakteur Ernst Fischer wechselten zur KPÖ. Und schließlich fanden sich nach der Niederlage in den Februarkämpfen meist junge AktivistInnen in einer Vielzahl von Gruppen und Grüppchen zusammen. Mit der Hilfe von nunmehr arbeitslosen ehemaligen hauptamtlichen Parteifunktionären und finanziell unterstützt durch das Auslandsbüro der Österreichischen Sozialdemokratie (ALÖS) wurde dieses Spektrum innerhalb von einigen Monaten zu einer einheitlichen Struktur zusammengefasst: den Revolutionären Sozialisten, kurz RS. Über das, was sie tun und anstreben sollten gingen die Meinungen innerhalb der RS von Beginn an auseinander. Anfangs dominierten die AnhängerInnen der sogenannten »kurzen Perspektive«. Sie nahmen an, dass der Austrofaschismus ein windschiefes Konstrukt ohne Rückhalt in der Bevölkerung sei. Obwohl man aus den Februarkämpfen eigentlich hätte ersehen können, dass die breite Mehrheit der Bevölkerung nicht bereit war, sich mit Gewalt gegen die Diktatur zu stellen, setzten die RS zunächst auf die Entfaltung einer Massenerhebung, wobei sie allerdings einen terroristischen Guerilla-Krieg, wie ihn etwa die gleichfalls illegalisierte NSDAP führte, ablehnten. Spätestens im Laufe des Sommers 1934 musste man dann wohl oder übel zur Kenntnis nehmen, dass das Regime fest im Sattel saß und man sich mit öffentlichem Aktionismus primär selbst schädigte, weil es der Polizei die Verfolgungsarbeit massiv erleichterte. Im Herbst 1934 schwenkte man daher schrittweise auf die »lange Perspektive« um: Von nun an stand der Aufbau einer streng konspirativen Untergrundorganisation im Vordergrund, die vor allem in den Betrieben stark verankert sein sollte. Dem lag der Gedanken zugrunde, dass man zwar selbst zu schwach sei eine Systemkrise zu provozieren, dass diese aber früher oder später entweder durch die prekäre soziale Lage eintreten würde oder das Regime durch Druck von

außen zu Zugeständnissen im Inneren gezwungen sein werde. Auch diese Hoffnungen haben sich letztlich nicht bewahrt. Obwohl der Austrofaschismus die soziale Situation gerade der Arbeiterschaft empfindlich verschlechterte, blieb es vorerst ruhig. Und der außenpolitische Druck, vor allem aus Deutschland, wuchs zwar beständig, veranlasste Schuschnigg aber nicht zum innenpolitischen Nachgeben. Für ihn stand der Feind immer links, er weigerte sich selbst nach dem Berchtesgadner Abkommen vom Februar 1938, mit Vertretern der illegalen Sozialdemokratie auch nur zu reden. Was war also die Perspektive? Joseph Buttinger, seit 1935 Vorsitzender der RS, schrieb nach 1945, für ihn sei seit 1936 festgestanden, dass Österreich dem NS-Regime erliegen werde. Viele haben ihm daraufhin vorgeworfen, er versuche sich im Nachhinein in ein besseres Licht zu rücken, es im Nachhinein schon immer besser gewusst zu haben. Ich persönlich habe dagegen den Eindruck, dass Buttinger die Wahrheit sagte. Er hoffte wohl dennoch, dass sich der Austrofaschismus auf ein gemeinsames Abwehrprojekt einlassen würde, aber als sich auch das zerschlug handelte er rasch und entschieden: unmittelbar vor dem Einmarsch der deutschen Truppen im März 1938 erließ er für alle RS-Strukturen ein striktes Betätigungsverbot: die Leute sollten sich aufsparen für die Zeit nach Hitler, statt sich von der Gestapo und der SS massakrieren zu lassen, wie das zuvor schon in Deutschland geschehen war. Das war dann ja auch der Grund dafür, weshalb die KPÖ, deren Führung entgegengesetzte Weisungen erlassen hatte, weitgehend ermordet wurde, während die sozialdemokratischen AktivistInnen, sofern sie nach den NS-Kriterien nicht als »jüdisch« galten, vergleichsweise glimpflich davorkamen. Anders als die KPÖ hatte man dafür aber nur eine vergleichsweise geringe Zahl von Märtyrern.

**ZUKUNFT:** Nach 1945 gründete die Zusammenarbeit von SPÖ und der ÖVP auch auf dem „Geist der Lagerstraße“, auf dem gemeinsamen Opferstatus von SozialdemokratInnen und Ständestaats-Funktionären im NS-Regime. Wie konnte das mit der Erinnerung an den 12. Februar vereinbart werden?

Ich halte den »Geist der Lagerstraße« für eine konservative Meistererzählung, die dazu diente, einer Schulddebatte für den Austrofaschismus auszuweichen. Damit soll nicht gesagt sein, dass sich nicht sowohl ehemalige Austrofaschisten wie auch Sozialdemokraten, die unter dem NS-Regime gelitten hatten, als Opfer fühlten. Mag auch sein, dass Herr Schuschnigg und einige seiner Verbündeten in ihren KZ-Jahren tatsächlich einsahen, dass ihr schlimmster Feind eventuell

nicht links stand, sondern doch rechts. Aber es gab die nationale Aussöhnung in den Lagern und Folterkellern des Dritten Reiches insofern nicht, als sie tatsächlich nach 1945 wirksam geworden wäre. Die weitaus meisten politischen Entscheidungsträger der Zweiten Republik waren nicht im KZ gewesen, geschweige denn, dass sie sich dort politisch verständigt hätten. Ja, 1945 herrschte – anders als noch 1918 – ein Konsens darüber, dass der Staat künftig eine demokratische Republik sein solle, aber angesichts der vier Besatzungsmächte im Land, die das ebenfalls wollten blieb realpolitisch auch gar keine andere Wahl. Rechts und Links mochten sich weiterhin gegenseitlich nicht, fanden aber zu einem Kompromiss, nämlich zur Aufteilung des Landes und praktisch aller gesellschaftlichen Sphären in linke und rechte Einflusszonen: Der Proporz als eine Art kalter Bürgerkrieg.

**ZUKUNFT:** Bei Gedenkfeiern wird häufig betont, man müsse aus der Geschichte lernen. Kann man das?

Ich wäre nicht Historiker geworden, wenn ich das nicht glaubte. Man kann keine Ableitungen eins zu eins ziehen, jede historische Situation ist in ihren Details einzigartig. Aber es gibt Grundtendenzen, die sich ähneln und die auch ähnliche Handlungsspielräume eröffnen. Am Beispiel des katholischen und völkischen Antisemitismus des 19. und 20. Jahrhunderts sieht man das sehr eindrücklich: Hass, der ursprünglich mit nüchternem Kalkül geschürt wird um Stimmen zu maximieren kann sich unter bestimmten Bedingungen verselbständigen und in Gewalt ungeahnten Ausmaßes umschlagen. Oder nehmen wir Wirtschaftskrisen: Das Erstaunliche an der Krise 2008/09 ist ja, wie wenig Diskussionen es über die Verteilung der Lasten gegeben hat. Die SteuerzahlerInnen, von denen 70 Prozent unselbstständig Erwerbstätige sind, hauen die Banken mit über zehn Milliarden Euro raus, Ende der Durchsage. Aus der Befassung mit früheren Krisen hätte man lernen können, wie man solche Verteilungskämpfe führt – und wie besser nicht. Man könnte auch ersehen, wie gefährlich Krisenlösungen auf dem Rücken der Beschäftigten nicht nur für die Linke sind, sondern für die Demokratie insgesamt.

**ZUKUNFT:** 86 Jahre nach dem 12. Februar – welche Bedeutung hat die Erinnerung daran für die Gegenwart?

Die österreichische Autoritätshörigkeit, das Ducken und Stillhalten wird oft damit erklärt, dass wir halt keine bürgerliche Revolution hatten, anders als etwa die Franzosen. Es stimmt nun offensichtlich, dass wir weder im 18. noch im 19.

Jahrhundert eine Revolution hatten. Aber im 20. hatten wir eine: die österreichische Revolution von 1918. Der Februar 1934 war die Reaktion auf diese Revolution. Das Datum ist damit eine ganz entscheidende, eine stolze Wegmarke in der Geschichte der Republik. Aber er ist mehr als das. Die Februarkämpfe waren ein Akt staatsbürgerlicher Notwehr gegen eine legale Obrigkeit, die zur Despotie mutierte. Sie erinnern uns daran – und ich glaube, das macht den Februar 1934 politisch so brisant – dass die größte Gefahr für jede Demokratie in ihren eigenen Institutionen lauert. Wir brauchen als moderne Gesellschaft ein funktionierendes Staatswesen. Fraglos bedingt das auch ein gewisses Maß an freiwilliger Unterordnung. Aber dafür braucht es Sicherheiten, die Gewähr bieten dafür, dass unsere staatsbürgerliche Disziplin nicht missbraucht wird. Es klingt so abgedroschen und ist dennoch so wahr: Macht braucht Kontrolle. Und eine Macht, die ihre Kontrolleure abschüttelt muss den Widerstand des Souveräns fürchten, muss sich bewusst sein: dafür zahlen wir am Ende des Tages einen Preis.



**FLORIAN WENNINGER**

ist Zeithistoriker und Leiter des Instituts für die Geschichte von Arbeiterkammern und Gewerkschaften in der Arbeiterkammer Wien.



**MCINTOSH HOUSE, SILVER LAKE, LOS ANGELES, 1937–1939**  
Foto: David Schreyer 2017

# Banken in den Dienst der Menschen stellen

## Eine Vision für eine nachhaltige Reform des Bankenwesens

Seit 2008 wurden für Banken eine Reihe von Regulierungsmaßnahmen beschlossen. Aber reichen diese aus, damit sich Milliarden schwere Bankenrettungspakete nicht wiederholen? In 12 Thesen zur Finanzmarktregulierung haben wir argumentiert, dass Zweifel durchaus angebracht sind und die Diskussion über ein nachhaltiges Bankensystem weitergehen muss. Der vorliegende Text legt eine sozialdemokratische Vision für ein Bankenwesens dar, das sich in den Dienst der Menschen stellt.

**B**ankenregulierung ist einem grundlegenden Dilemma unterworfen: Gehen die Regulierungsmaßnahmen nicht weit genug, besteht die Gefahr, dass auch in Zukunft die SteuerzahlerInnen im Fall einer Krise für die Verluste aufkommen müssen. Gehen aber Regulierungsmaßnahmen so weit, dass sie auch der Meinung unabhängiger BankexpertInnen Genüge tun, kommt prompt der Einwand der Bankenverbände: ein gewinnbringendes Arbeiten wäre dann nicht mehr möglich.

Eine Lösung des Dilemmas könnte darin bestehen, den Bankensektor in zwei Sektoren aufzuteilen. Auf der einen Seite stünde ein gewinnorientierter privater Bankensektor, der keinen weiteren Regulierungen mehr unterworfen wird, im Gegenzug aber auch ganz klar keine staatlichen Garantien erwarten kann.

Auf der anderen Seite gäbe es einen nicht-gewinnorientierten, gemeinnützigen Bankensektor, der sich aus Genossenschaftsbanken, kommunalen Sparkassen und öffentlichen Banken zusammensetzen würde. Der gemeinnützige Sektor würde einer strengen öffentlichen Aufsicht unterliegen und könnte im Gegenzug weiter mit bestimmten staatlichen Garantien im Fall einer Krise rechnen (insbesondere die staatliche Einlagensicherung).

Gemeinnützigkeit bedeutet dabei, dass sich die Institute verpflichten, nach dem Grundsatz der kaufmännischen Sorgfalt zu handeln sowie ihr Kredit- und Zahlungsgeschäft nicht am Streben nach kurzfristigem Gewinn zu orientieren, sondern an den Bedürfnissen einer realen und nachhaltigen Entwicklung der Volkswirtschaft.

### KEIN SPEKULIEREN MEHR AUF FREMDE RECHNUNG

Ein solches System hätte gegenüber den bestehenden Strukturen vier wesentliche Vorteile. Erstens entspräche es der Maxime der liberalen Volkswirtschaftstheorie, dass die ökonomischen EigentümerInnen, das Risiko ihrer Entscheidungen auch selbst tragen sollen. Die öffentliche Hand würde nur noch Risiken von Banken übernehmen, die in einem wohldefinierten und streng kontrollierten öffentlichen oder gemeinnützigen Auftrag handeln.

Zweitens würde so ein System nur jene Banken mit einer strengen Regulierung und Aufsicht belasten, die auf Grund ihrer gemeinnützigen Orientierung nicht befürchten müssen, durch niedrige Gewinnausschüttungen AktionärInnen zu vergrämen.

Der dritte Vorzug besteht darin, dass trotz starker öffentlicher Aufsicht die Wahlfreiheit bestehen bleibt. Einerseits können die normalen SparerInnen zwischen mehreren genossenschaftlichen, kommunalen und anderen öffentlich-rechtlichen Banken wählen. Andererseits können AnlegerInnen, die weiterhin große Risiken eingehen wollen, und Banken die Profite kurzfristig maximieren wollen, dies weiterhin tun – wenn auch auf nunmehr eigene Rechnung und Risiko.

Schlussendlich beinhaltet der Vorschlag einen starken gemeinnützigen Bankensektor, der in einer Reihe von Geschäftsfeldern und unter bestimmten Bedingungen profitmaximierenden privaten Banken überlegen ist.

### GEMEINNÜTZIGE BANKEN – EIN ERFOLGSMODELL

Wie in Deutschland ist auch in Österreich die Bankenlandschaft grundsätzlich durch ein Drei-Säulenmodell aus Genossenschaftsbanken, öffentlich-rechtlichen Kreditinstituten und privaten Geschäftsbanken geprägt. Auf Grund der Verstaatlichung der Creditanstalt 1946 spielte in Österreich bis in die 1990er Jahre die Säule der privaten Banken nahezu keine Rolle. In dieser Phase war der österreichische Bankensektor von außerordentlich hoher Stabilität geprägt. Banken ließen sich in der Kreditvergabe überwiegend von dem Ziel einer nachhaltigen Entwicklung der Volkswirtschaft leiten. Durch gemeinwirtschaftliche Zielsetzung und den langen Investitionshorizont (patient capital) der gemeinnützigen Banken konnte Österreich nicht nur den Wiederaufbau bewältigen, sondern zu einem der reichsten und innovativsten Industrieländer der Welt werden.

Zwei Drittel aller mittelständischen Weltmarktführer sind heute in Deutschland, Österreich und der Schweiz angesiedelt. Der britische Bankökonom John Kay sieht die Ursache in der starken Präsenz von dezentralen Sparkassen und Genossenschaftsbanken, die sich durch engen Kundenkontakt, eine regionale Orientierung und einen langen Investitionshorizont auszeichnen. (KAY, 2015, S 195ff)

Dass Österreich und Deutschland im Gegensatz zu anderen Ländern (z.B. Großbritannien, Italien) auch heute noch eine starke Industrie besitzen, liegt aber auch daran, dass sie in der Creditanstalt für Wiederaufbau und dem Austria Wirtschaftservice bis heute über starke öffentlich-rechtliche Investitionsbanken verfügen (vergleiche MAZZUCATO, 2014).

### GEMEINNÜTZIGE BANKEN UND FINANZKRISE

Beginnend mit dem Kapitalmarktgesetz 1979 kam es zu einer Umorientierung im österreichischen Bankensektor. Obwohl wirkliche Privatisierungen erst viel später folgten, begannen sich bis dato gemeinnützige Banken ganz unabhängig von ihrem ursprünglichem Gründungsauftrag mehr und mehr an privatkapitalistischen Universalbanken zu orientieren. Ganz gleich ob es sich dabei um den genossenschaftliche Raiffeisen-Sektor oder die Gewerkschaftsbank BAWAG handelt, um die ERSTE Group, die aus dem Sparkassen-Sektor hervorging, oder die Bank Austria, das Nachfolgeinstitut der Wiener Zentralsparkasse – all diese Institute versuchten nunmehr profitmaximierende Universalbankenkonzerne zu bilden, um schlussendlich im internationalen Rahmen in neue Geschäftsfelder zu expandieren. Ähnliches spielte sich am Sektor der Landesbanken ab. Waren die Landesbanken traditionell klar auf Wohnbaudarlehen oder die Finanzierung öffentlicher Institutionen beschränkt, begannen einige von ihnen, mit öffentlichen Haftungen im Rücken, im internationalen Maßstab dem schnellen Geld nachzujagen und enorme Risiken einzugehen, die sie größtenteils weder verstanden noch beherrschten.

Dementsprechend ist die Bilanz gemeinnütziger Banken in der Finanzkrise unterschiedlich. Banken, die im Rahmen eines klar definierten öffentlichen Auftrag arbeiteten und diesem treu blieben wie die deutschen Sparkassen haben in der Krise eine stabilisierende Rolle gespielt und konnten sogar in den Krisenjahren durchwegs positiv bilanzieren. Ähnliches gilt für Genossenschaftsbanken, die ihrem traditionellen dezentral orientierten gemeinnützigen Geschäftsmodell verhaftet blieben.

Öffentliche oder genossenschaftliche Banken, die ihre gemeinnützige Geschäftsmodell jedoch aufgaben und begannen nach dem Vorbild privatkapitalistischer Universalbanken profitmaximierend zu agieren, schnitten schlecht oder verheerend ab. (SVR Gutachten, 2008, SCHERRER 2014). Die berühmtesten Beispiele für eine verheerende Performance sind in Österreich wohl die Hypo Alpe Adria und in Deutschland die WestLB (Vergleiche SCHERRER 2014), die sich beide wahrscheinlich am weitesten von ihrem ursprünglichen Gründungszweck entfremdet hatten.

Die Lehre aus der Finanzkrise für öffentliche und gemeinnützige Banken lautet somit, dass es zusätzlich zu einem gemeinnützigen Eigentümer auch einen wohldefinierten und wohlbegründeten öffentlichen Auftrag geben muss (vergleiche SCHERRER 2014).

## DER ÖFFENTLICHE AUFTRAG

Die Notwendigkeit eines gemeinnützigen Sektors im Bankenwesen, der auf der Grundlage eines gemeinnützigen Auftrages handelt, gründet darin, dass eine Reihe von Bankdienstleistungen wenig kurzfristigen Gewinn für die einzelne Bank bringen, jedoch einen starken Nutzen für die Gesamtwirtschaft und auf längere Frist gesehen. Die Theorie der Volkswirtschaftslehre spricht in so einem Fall von positiven Externalitäten.

Aus dem Zusammenhang positiver Externalitäten lässt sich ein öffentlicher Auftrag für regionale Entwicklung herleiten. Bestimmte Kreditvergaben, die geringen Profit bringen, können einen hohen Nutzen für die regionale Entwicklung bringen. Dabei kann es um regional wichtige ArbeitgeberInnen gehen, um Infrastrukturprojekte, oder um eine strategisch bedeutende Betriebsansiedelung. Die britische Labourpartei sieht das Fehlen eines regional ausgerichteten Sparkassen- und Genossenschaftsbanken als zentrale Ursache für die Verödung ganzer Landschaften. (JONES, 2017).

Aus der Theorie der positive Externalitäten leitet sich zudem ein gemeinnütziger Auftrag in Hinblick auf eine Kreditvergabe für strategische Investitionen in Innovationsprozesse ab, die erst auf längere Frist gesehen Gewinne abwerfen. Wie die Ökonomin Mariana Mazzucato in ihrem Buch Das Kapital des Staates nachweist, erfordern Investitionen in Forschung und Innovation einen langen Investitionshorizont. (MAZZUCATO, 2014). Bill Gates – der nicht eben als Sozialdemokrat bekannt ist – geht bei Investitionen im Zusammenhang mit der Energiewende von einem Investitionshorizont von 20 Jahren aus und sieht aus diesem Grund die Notwendigkeit einer Finanzierung durch öffentliches Kapital.

Der öffentliche Auftrag der Landesbanken lag traditionell in der Finanzierung von Wohnbauinvestitionen (Eigenheimwerb, öffentlichem und genossenschaftlicher Wohnbau) und der Finanzierung von Investitionen öffentlicher Institutionen. Private Kapitalmärkte – so die Ratio – würden in Beziehung zum volkswirtschaftlich und sozialpolitisch wünschenswerten Ausmaß von Investitionen in Wohnbau eine zu geringe, zu teure und zu riskante Finanzierung zur Verfügung stellen. Einer ähnlichen Logik folgte der Gesetzgeber in Hinblick auf Investitionen der öffentlichen Hand. Öffentliche Landesbanken wurden mit diesem öffentlichen Auftrag interessanterweise bereits in den Tagen der k.u.k.-Monarchie gegründet.

## BANKDIENSTLEISTUNGEN ALS DASEINSVORSORGE

Der öffentliche Auftrag kann sich aus positiven Externalitäten herleiten. Es darf aber ebenfalls nicht vergessen werden, dass Bankdienstleistungen auch zur Daseinsvorsorge gehören und zwar gleich in mehrfacher Hinsicht: Zum einen ist ein Bankkonto Voraussetzung, um an einer modernen Gesellschaft partizipieren zu können. So ist ein eigenes Bankkonto Bedingung für einen Arbeitsplatz, das Bezahlen von Rechnungen oder den Bezug diverser sozialer Beihilfen. Während der Ausschluss von Bankdienstleistungen bisher eine Minderheit betraf, kann dies im Zeitalter der Digitalisierung auch zu einer Bedrohung breiter Bevölkerungskreise werden. Bereits jetzt schließen in vielen Regionen und Stadtvierteln Bankfilialen. KundInnen werden aufgefordert, ihre Geschäfte per online Banking zu erledigen oder weite Wegstrecken zurückzulegen. Technischer Fortschritt sollte das Leben eigentlich leichter machen. Das Zusperrern von hunderten Bankfilialen ist aber nicht selten eine Belastung von KundInnen beziehungsweise ein Qualitätsverlust. Dienstleistungen, die bisher der/die BankberaterIn leistete, müssen vielfach von KundInnen erledigt werden, es ist keine Zeit mehr für ein persönliches Beratungsgespräch vor Ort, wenn jemand kein Vermögen veranlagen will oder kann. Die Bankberatung kann nicht mehr auf die persönliche Situation der KundInnen eingehen. Nur ein dezentral ausgerichtetes gemeinnütziges Bankensystem kann weiter flächendeckend Filialen in vielen Orten und Stadtviertel aufrechterhalten.

## VERSORGUNG FÜR KLEIN- UND MITTELBETRIEBE

Bankdienstleistungen gehören aber auch zur Daseinsvorsorge des Mittelstandes. Klein- und Mittelbetriebe, die kein Geld am Kapitalmarkt aufnehmen können, geraten in existenzgefährdende Situationen, wenn der privater Bankensektor in eine Kreditklemme schlittert.

Nach der Krise 2008 eilten die SteuerzahlerInnen den Banken zu Hilfe, Zinsen sanken durch staatliche Garantien. Trotzdem klagten in allen Teilen Österreichs Klein- und Mittelbetriebe, dass sie schlicht keine Finanzierung mehr bekamen. Vielfach nahmen die Bankkonzerne das frische Geld der Zentralbanken und der SteuerzahlerInnen, um es von neuem an den Finanzmärkten zu veranlagen.

Für die Klein- und Mittelbetriebe Österreichs wäre es eine bessere Lösung, in den Regionen und Bundesländern dezentrale

gemeinnützige Bankdienstleister ähnlich den deutschen Sparkassen zu haben, die auch in schwierigen Zeiten den Finanzierungshahn offen lassen. Die deutschen Sparkassen konnten sich das leisten, da sie auf Grund ihrer niedrigeren Profiterwartungen in der Zeit vor der Krise weniger riskante Geschäfte eingegangen waren, im regionalen Kreditgeschäft verwurzelt blieben und nach der Krise nicht auf das schnelle Geld angewiesen waren, um sich zu sanieren. (Vergleiche SCHERRER 2014).

## DIE EUROPÄISCHE EBENE

Auf europäischer Ebene gibt es schon jetzt eine Europäische Investitionsbank (EIB). Ihr öffentlich-rechtlicher Auftrag besteht in der Finanzierung strategischer Investitionen in Infrastruktur, in die Energiewende und Entgegnung der Klimakatastrophe und in Spitzentechnologie. Zudem gehört es zu ihren Aufgaben, durch Investitionsprojekte dem sozioökonomischen Auseinanderdriften von europäischem Zentrum und Peripherie entgegenzuwirken und Klein- und Mittelbetrieben, die Schwierigkeiten haben, sich an den Finanzmärkten zu finanzieren, mit Krediten zu versorgen. Damit entspricht die EIB vielfach den Vorstellungen von der Tätigkeit öffentlicher Banken, die in diesem Papier dargelegt wurden.

In Anbetracht

- ★ der Dringlichkeit der Energiewende und Entgegnung der Klimakatastrophe sowie der Größe des dafür nötigen Risikokapitals,
- ★ des gefährlichen Ausmaßes der ökonomischen Ungleichgewichte und
- ★ des enormen Nachholbedarfes europäischer Infrastruktur

gleichet jedoch das Investitionsvolumen der EIB dem berühmten Tropfen auf den heißen Stein. Demgegenüber verfügt China mit der People's Bank of China über ganz andere Quellen strategischer Finanzierung. Im Gegensatz zu Europa konnte China damit in den letzten Jahren den Aufbau eines umfangreichen Schienennetzes für Hochgeschwindigkeitszüge finanzieren sowie eine schwindelerregende Aufholjagd in allen Feldern der Spitzentechnologie fortführen: Chinesische InvestorInnen kaufen mit Hilfe der People's Bank of China in der EU Betriebe im Bereich Spitzentechnologie, um das

strategische Ziel des Technologieführers zu erreichen. China finanziert mit seinen wichtige Infrastrukturprojekte in Südosteuropa, Zentralasien und Afrika für die die EIB keine Mittel zur Verfügung stellen kann.

Will Europa auch mittelfristig konkurrenzfähig bleiben, muss es seine Europäische Investitionsbank mit einem Vielfachen an Finanzierungskraft ausstatten. Zudem könnten der bestehenden EIB weitere europäische Investitionsbanken mit gemeinnützigem Auftrag zur Seite rücken, und zwar in Form einer europäischen Dachorganisation nationaler Genossenschaftsbanken, und/oder als europäische Dachorganisation nationaler Sparkassenverbände.

## DREI SÄULEN UND ZWEI SEKTOREN

Unsere sozialdemokratische Vision für ein stabiles Bankensystem im Sinne einer nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung und im Sinne der Bedürfnisse der Menschen besteht also in einem klassischen Drei-Säulen-Modell: Genossenschaftssektor, öffentliche Banken, private Banken. Der wesentliche Unterschied zur aktuellen Situation bestünde in einer strengen Bindung öffentlicher Banken an einen wohldefinierten öffentlichen Auftrag, abhängig von der genauen Form der Bank (Sparkasse, Landesbank, Investitionsbank, europäische Investitionsbank.) Analog wäre die Rechtsform der Genossenschaftsbank mit ihren Vorteilen streng an einen gemeinnützigen Auftrag gebunden analog zur jeweiligen Form (regionale Genossenschaftsbank, Bundesdachverband, europäischer Dachverband).

Für gemeinnützige Banken muss es ein klares Verbot geben, das traditionelle Kredit- und Zahlungsgeschäft im Rahmen des wohldefinierten Auftrages zu verlassen und sich auf der Suche nach höheren Gewinnen in die Geschäftsfelder globaler Finanzmärkte zu begeben. Landesbanken oder Genossenschaftsbanken wäre es dann beispielsweise untersagt als profitorientierte Universalbanken einen aggressiven Konkurrenzkampf mit privaten Bankkonzernen um neue Märkte in anderen Ländern zu beginnen (wie dies in Österreich verstärkt ab 1990 passiert ist).

Das Drei-Säulen-Modell ist aber gleichzeitig ein Zwei-Sektoren-Modell. Denn während der gemeinnützige Sektor der Genossenschaften und öffentlichen Banken im Gegenzug für die strenge Bindung an gemeinnützige Aufträge und die niedrigere Profiterwartung, öffentliche Garantien genießen

(insbesondere die staatliche Einlagensicherung) würde, blieben die Privatbanken von strengeren Regulierungen unberührt, kämen im Gegenzug aber nicht in den Genuss staatlicher Garantien. Von den KundInnen privater Banken würde erwartet, die Risiken selbst in gewissen Grenzen einschätzen zu können. Dafür würden sie auch in der Investitionsentscheidung weitgehende Freiheit genießen.

### POLITISCHE FORDERUNGEN

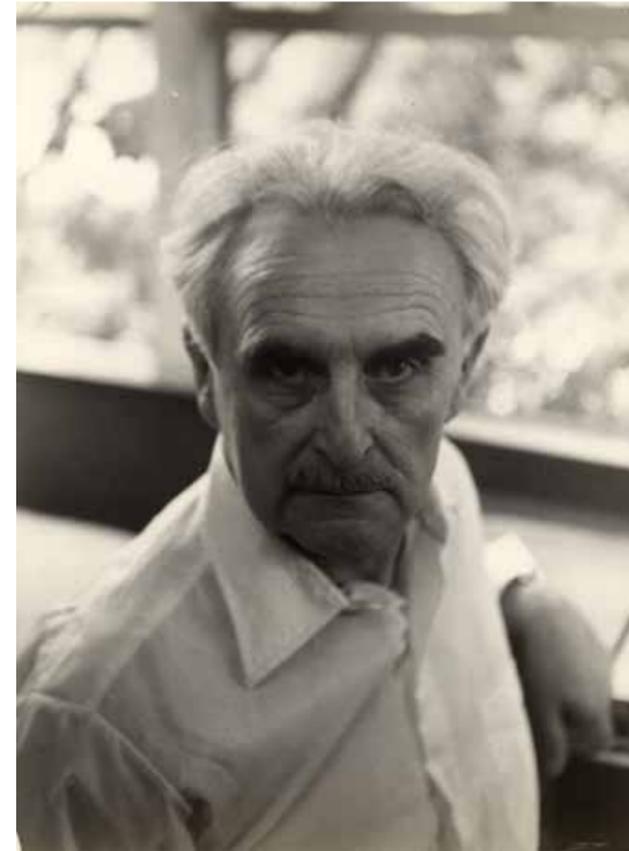
- ★ Jede Bank muss sich innerhalb eines Übergangszeitraums für eine der drei Säulen (öffentliche Bank, Genossenschaftsbank, Privatbank) entscheiden und bis zu einem Stichtag ihr Geschäftsmodell entsprechend anpassen. Die Umstrukturierung ist mit einem Koordinationsausschusses unter der Leitung des Finanzministeriums abzustimmen.
- ★ Die Europäische Investitionsbank muss massiv gestärkt werden. Es ist von einer unabhängigen ExpertInnenkommission zu klären, welcher öffentliche Finanzierungsbedarf und welches Mandat industriepolitisch nötig ist, damit die Europäische Union
- ★ in der Spitzentechnologie mit USA und China mithalten kann
- ★ einer drohenden Klimakatastrophe effektiv entgegenwirken kann
- ★ ihren ökonomischen Ungleichgewichte in den Griff bekommt.
- ★ Das Austria Wirtschaftsservice muss als Förderbank des Bundes massiv gestärkt werden. Das Finanzierungs-, und Fördervolumen sollte sich in Relation zum Bruttoinlandsprodukt zumindest an der deutschen Kreditanstalt für Wiederaufbau orientieren, um Österreich im Bereich der Spitzentechnologie dauerhaft abzusichern.
- ★ Alle in Österreich lebenden Menschen, aber auch alle Klein- und Mittelbetriebe müssen das Recht auf einen Zugang zu Bankdienstleistungen haben. Orte über 1000 EinwohnerInnen und Stadtteile in Außenbezirken größerer Städte müssen durchgehend mit Bankfilialen oder zumindest Bankservice-Punkten (zB ein besetzter Bank-schalter in Supermärkten oder Gemeindeämtern) versorgt sein. Um die Versorgung zu garantieren, müssen

Banken entsprechend ihrer Bilanzsumme in einen Ausgleichsfondseinzahlen aus dem Filialen bzw. Bankservice-Punkte in unprofitablen Regionen und Stadtteilen gefördert werden.



#### Quellen:

1. ADMATI, Anat; HELLWIG, Martin (2013): Des Bankers neue Kleider: Was bei Banken schiefläuft und was sich ändern muss; FBV
2. CROUCH (2011), Colin: das befreundliche Überleben des Neoliberalismus, Berlin
3. DIE BANK (2016): Basel IV droht Banken zu überfordern, erschienen im Blog der Zeitschrift die Bank 11.7.2016. <http://www.die-bank.de/news/basel-iv-droht-banken-zu-ueberfordern-8022/>
4. FALKINGER, Josef (2015): Wie stabil sind unsere Banken wirklich? Blog Arbeit und Wirtschaft Blog: <https://awblog.at/wie-stabil-sind-unsere-banken-wirklich/>
5. GATES, Bill (2015) Interview in The Atlantic; We need an Energy Miracle (11/2915): <https://www.theatlantic.com/magazine/archive/2015/11/we-need-an-energy-miracle/407881/>
6. JONES, Owen (2017): British Banks can't be trusted -let's nationalize them; in: The Guardian, 19.10.2017; <https://www.theguardian.com/commentisfree/2017/oct/19/british-banks-trusted-nationalise-city-profits-communities>
7. KAY, John (2015): Other People's Money, London
8. MAZZUCATO, Mariana (2014): The entrepreneurial state, New York
9. Neuer Zürcher Zeitung (2013): Plädoyer für viel Eigenkapital, 3.4.2013; <https://www.nzz.ch/plaedoyer-fuer-viel-eigenkapital-1.18057221>
10. OeNB (2015): 14. Kreditbericht Juni 2015, Entwicklung der Kreditvergabe des österreichischen Bankensystems an den Unternehmenssektor.
11. SCHERRER Christoph (2014): öffentliche Banken bedürfen gesellschaftlicher Aufsicht; Zeitschrift Kurswechsel Heft 4/2014
12. SCHNEEWEISS, Sonja (2018): 12 Thesen zur Finanzmarktregulierung; Arbeit und Wirtschaft Blog: <https://awblog.at/12-thesen-finanzmarktregulierung/>
13. SHONFIELD, Andrew (1968): Geplanter Kapitalismus. Wirtschaftspolitik in Westeuropa und den USA, Köln
14. SIMON Hermann (2009): Hidden Champions of the 21st Century, London 2009
15. SVR-Gutachten (2008): Das deutsche Finanzsystem: Effizienz steigern, Stabilität erhöhen: [https://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/fileadmin/dateiablage/Expertisen/Das\\_deutsche\\_Finanzsystem.pdf](https://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/fileadmin/dateiablage/Expertisen/Das_deutsche_Finanzsystem.pdf)
16. WADE, Robert (1990): Governing the market. East Asian industrialization



**RICHARD NEUTRA, UM 1960**  
© Österreichische Nationalbibliothek, Bildarchiv und Grafiksammlung

1. <https://europa.bsa.at/bsa-eu-konzepte/12-thesen-zur-finanzmarktregulierung>
2. Das Hauptargument, warum aktuelle Stresstests ungenügend sind, besteht darin, dass sie nur einen Einmaleffekt testen und Dynamische Wechselwirkungen außer Acht lassen. Gerade letztere sind aber ein entscheidendes Merkmal von Banken Krisen. Führende BankökonomInnen halten bestehende Regulierungen für ungenügend. (Vergleiche ADMATI, HELLWIG, 2013) Eine Einführung in die Grundgedanken von Admati und Hellwig findet sich beispielsweise hier: <https://awblog.at/wie-stabil-sind-unsere-banken-wirklich/> oder hier <https://www.nzz.ch/plaedoyer-fuer-viel-eigenkapital-1.18057221>
3. Martin Hellwig und Anat Admati halten beispielsweise einen Eigenkapitalanteil von mindestens 20% der Bankbilanz für notwendig wobei sie Risikogewichtungen ablehnen. Aktuell beziehen sich Eigenkapitalquoten immer auf eine risikogewichtete und daher verkleinerte Bankbilanz. (ADMATI, HELLWIG 2013)
4. Banken- und Wirtschaftsverbände sehen sogar in den aktuellen Regulierungen im Zusammenhang mit Basel IV eine Bedrohung für das wirtschaftliche Arbeiten von Banken. Vergleiche (DIE BANK 2016)

5. In den 50er und 60er dominierte in allen westeuropäischen Ländern ein öffentliches streng reglementiertes Bankensystem. (SHONFIELD, 1968) Diese Zeit war von stabilen Finanzmärkten und einer prosperierenden Realwirtschaft geprägt. Auch beim Wirtschaftswunder der asiatischen Tigerstaaten und im heutigen China spielen öffentliche Banken, die ihre Kreditvergabe an strategischen volkswirtschaftlichen Entwicklungszielen ausrichten eine herausragende Rolle. (WADE, 1990)
6. Vergleiche: Hidden Champions of the 21. Century, (SIMON 2009)
7. Der Sachverständigenrat für gesamtwirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland drückte sich in einem Gutachten folgendermaßen aus: „Mit den Sparkassen und Kreditgenossenschaften sowie einer Reihe von Regionalbanken und Auslandsbanken verfügt das deutsche Finanzsystem über eine stark ausgeprägte dezentrale Struktur, die sich in der aktuellen Krise als stabilisierender Faktor erwiesen hat.“ (SVR Gutachten 2008 Tz 240 Seite 150)
8. Die Entfremdung der Hypo Alpe Adria von ihrem ursprünglichem Zweck ab Mitte der 80er wird ab Seite 11 des sogenannten GRISS Berichtes sehr gut dargestellt: <http://cdn.untersuchungskommission.at/pdf/BerichtHypo-Untersuchungskommission.pdf>
9. Genossenschaftsbanken befinden sich zwar nicht im Staatseigentum. Aber auch sie sollten sich klar definierten gemeinwirtschaftliche Ziele setzen, die der öffentlichen Hand gegenüber auch nachgewiesen werden müssen. Es lässt sich daher auch im Zusammenhang mit genossenschaftlichen Banken von einem öffentlichen Auftrag sprechen.
10. Für eine ausführlichere Diskussion der Theorie positiver Externalitäten und ihrer Bedeutung für eine moderne sozialdemokratische Wirtschaftspolitik siehe auch: Colin Crouch, 2011
11. Diese Gedanken äußerte Bill Gates im November 2015 in einem Interview mit der Zeitschrift The Atlantic: <https://www.theatlantic.com/magazine/archive/2015/11/we-need-an-energy-miracle/407881/>
12. Die Rolle der amerikanischen Häuselbauerkredite in der Entwicklung der Finanzkrise 2008 bestätigte diese Sicht dramatisch. Denn öffentliche Banken schützten früher Häuselbauer vor schwer durchschaubaren riskanten Krediten mit flexibler Verzinsung.
13. Eine restriktivere Kreditvergabe im Gefolge der Finanzkrise wurde auch durch diverse Surveys bestätigt. So heißt es im Kreditbericht der OeNB vom Juni 2015: „Im Rahmen des SAFE berichteten die befragten KMUs von einer anhaltenden Verschlechterung der Verfügbarkeit von Bankkrediten, wofür sie als Hauptursache die allgemein schwache Wirtschaftslage nannten. Auch die Ergebnisse der WIFO-Umfrage zeigen, dass der Anteil jener Unternehmen an allen Unternehmen, die Kreditbedarf haben und auch einen Kredit von ihrer Bank bekommen, zuletzt rückläufig war. Dieses Bild wird durch die Angaben der Banken im Rahmen des BLS, wonach im ersten Quartal 2015 die Kreditrichtlinien im Firmenkundengeschäft wieder marginal verschärft wurden, im Großen und Ganzen bestätigt. Die vorsichtiger Kreditpolitik der Banken kommt nicht nur in der Entwicklung der Kreditvolumina zum Ausdruck, vielmehr berichteten die befragten Unternehmen, dass sich die Banken bei der Gestaltung von Sicherheitenerfordernissen und der Zusatz- und Nebenvereinbarungen zuletzt merklich restriktiver verhielten.“ (Kreditbericht der OeNB Juni 2015: Entwicklung der Kreditvergabe des österreichischen Bankensystems an den Unternehmenssektor, Seite 3).
14. Ein Mindestmaß an gesetzlicher Regulierung im Rahmen der aktuell gültigen Gesetzeslage bliebe selbstverständlich in Kraft.

Der Beitrag ist ein aktuelles Diskussionspapier der  
**BSA EUROPA FINANZMARKTGRUPPE.**



**FREEDMAN HOUSE, PACIFIC PALISADES, LOS ANGELES, 1949**  
Foto: David Schreyer 2017

# Ist Opposition Mist?

a Wie soll die Sozialdemokratie mit ihrer Oppositionsrolle gegenüber Türkis-Grün umgehen? Zu dieser Frage diskutierten am 3. März im Zuge einer BSA-Diskussionsveranstaltung **PR-BERATER RUDI FUSSI, NR<sup>IN</sup> JULIA HERR** und die Medien- und Strategieberaterin **LENA DOPPEL-PRIX** unter der Moderation von ZUKUNFT-Redakteur Armin Puller.

ZUKUNFT: Der Veranstaltungstitel ist ein legendäres Zitat des ehemaligen SPD-Vorsitzenden Franz Müntefering, es ist aber gewissermaßen auch Zustandsbeschreibung der SPÖ. Die SPÖ hat sich in der Opposition nie besonders leicht getan und hatte auch nach der schwarz-blauen Wende 2000 viel Mühe, sich auf die Oppositionsrolle einzustellen. Nun hat sich die Regierungskonstellation von Türkis-Blau auf Türkis-Grün geändert, noch bevor dieser Rollenwechsel geglückt ist. Die Frage, die wir hier erörtern möchten, ist, welche Ansatzpunkte liefert, um eine neue Linie zu finden.

Meine erste Frage geht daher an den PR-Berater: Warum tut sich die SPÖ in der Opposition so schwer?

Fußi: Um das schon zu Beginn offen anzusprechen: Die Partei ist intellektuell, organisatorisch, strukturell in einem katastrophalen Zustand. Das ist sie nicht seit heute oder gestern, sondern für mein Dafürhalten mindestens seit der Ära Faymann. Sicher, diese Regierung würde schon jetzt unfassbar viel Material für oppositionelle Kritik liefern: die Patientenmilliarde, die es nie gegeben hat, ist da nur ein Beispiel unter vielen für die Unwahrheiten der ÖVP. Wir beschäftigen uns aber mit uns selbst, und das in der denkbar unproduktivsten Weise. Man macht eine Mitgliederbefragung, bei der man Positionen abfragt, die im letzten Wahlprogramm gestanden sind. Da zeigt sich leider, dass die SPÖ derzeit nicht in der Lage ist, programmatisch die großen Herausforderungen der Gegenwart anzugehen. Wie kann man Wohnen leistbar machen? Wie schafft man ein Gesundheitssystem, das allen zur Verfügung steht? Wie schafft man ein gutes Bildungssystem? Es gibt ein paar Junge und es gibt ein paar Vorzeige-Sozialdemokraten in Gemeinden, die verstehen den Gesamtzusammenhang, die wissen, was sozialdemokratische Politik ist.

So wie die Rechten alles in Zusammenhang mit dem Thema Ausländer bringen, schaffen die es, alles mit der sozialen Frage zu verknüpfen. Das gelingt der Partei insgesamt nicht. Und dabei steht die Sozialdemokratie vor einem noch viel schwerwiegenderem Problem: Wir haben die Hegemonie in der Gesellschaft verloren. Solidarität ist kein mehrheitlich geteilter Wert mehr. Alle unsere Werte, die diese stolze Bewegung groß gemacht haben, sind in der Defensive. Seit den 1980er-Jahren hat sich in diesem Land einfach massiv etwas verschoben. In den 80er-Jahren würden wir jetzt nicht diskutieren, ob wir ein paar Kinder von einer griechischen Insel holen, das wäre längst erledigt. Das zeigt, dass wir das die letzten 20 Jahre ziemlich verschissen haben. Jetzt braucht man zehn, fünfzehn Jahre, bis man das wieder dorthin bringt, wo es hingehört. Wir brauchen Zeit, um wieder Glaubwürdigkeit zu gewinnen. Natürlich kann man die Regierung jeden Tag vor sich herwatschen. Aber das reicht nicht. Es braucht eine solide Werthaltung, auf der man aufbaut. Statt den Umfragen hinterherzuecheln muss man sagen: Das ist unser Programm, wenn du es magst, sei dabei. Eine Partei ist kein Zusammenschluss von Umfragen-Gläubigen, sondern von Menschen, die ein gemeinsames Werte- und Menschenbild eint. Und um das Problem auf den Punkt zu bringen: Ich kann derzeit nicht sagen, was das Menschenbild der SPÖ ist.

ZUKUNFT: Julia, wo ortest du das Problem und wo siehst du die Perspektiven?

Julia Herr: Ich glaube auch, dass es um grundlegende Frage der Strategie und der Programmatik geht, alle anderen Probleme leiten sich daraus ab. Wir können nicht mehr sagen: „Was ist eigentlich das Ziel, auf das wir als sozialdemokrati-

sche Partei hinarbeiten?“ Ich will euch jetzt nicht mit meinem Trennungsschmerz langweilen [Anm.: Julia Herr ist eine Woche vor der Veranstaltung als SJ-Vorsitzende ausgeschieden], aber selten habe ich das so intensiv empfunden wie in den letzten Wochen. In der Sozialistischen Jugend ist klar, dass das Ziel unserer Arbeit der demokratische Sozialismus ist. Wir alle wissen, das ist ein großes Ziel, wir alle wissen, da steht noch ein Haufen Arbeit vor uns. Aber wir alle wissen auch, worauf wir im Grunde hinarbeiten: Dass wir alle Lebensbereiche mit Demokratie fluten wollen. Dass wir ein Wirtschaftssystem schaffen, das demokratisch ist, und wo nicht einige wenige die Kontrolle über andere Menschen haben. Dass jeder Mensch ein selbstbestimmtes Leben in Würde führen kann. Bei jeder Forderung, die wir aufstellen, bei jeder Kampagne die wir machen, bei jeder Rede, die eine von uns hält, weißt du, wofür es geht: Für unsere Ideen zu überzeugen, einen Schritt Richtung Sozialismus zu kommen. Bei jedem Schritt, bei jedem Rädchen, das wir drehen wollen, bei jedem Gesetz, das wir ändern möchten – es gibt eine Zielrichtung. Wenn ich im hingegen in einem führenden SPÖ-Gremium frage „Was ist eigentlich das Ziel?“ – dann werde ich wahrscheinlich von zwölf Personen mindestens zwölf Antworten kriegen.

Wir hören immer davon, dass wir eine gemeinsame Erzählung brauchen, einen Narrativ. Aber dieser Narrativ entsteht ja nicht, indem wir uns Geschichten ausdenken. Dieser Narrativ entsteht, wenn wir gemeinsam auf ein Ziel gerichtete Aktionen setzen. Wir haben einen ganzen Haufen guter Vorschläge und Forderungen. Wir wollen bessere Kindergärten, höhere Löhne und vieles mehr. Aber es fehlt die Perspektive und es fehlt die Glaubwürdigkeit, dass wir das, wovon wir reden, auch tatsächlich tun. Es wird manchmal gesagt, der SPÖ fehle das Alleinstellungsmerkmal. Auch das ist so nicht ganz richtig. Das Alleinstellungsmerkmal ist zum Greifen nah, ich will das mit einem banalen Beispiel illustrieren: Bei meiner ersten Abstimmung im Nationalrat ging es darum, den Spitzensteuersatz von 55% für Einkommensmillionäre beizubehalten. Als der Antrag abgestimmt wurde, da sind im Sitzungssaal nur wir aufgestanden. ÖVP, FPÖ, Grüne, NEOS haben allesamt dagegen gestimmt. Die werden diese Fragen der Gerechtigkeit nicht erfüllen können. Da gibt es nur uns im Parlament. Wenn wir es nicht machen, macht's niemand. Und das ist der Punkt, den wir nicht begreifen, was wir uns eigentlich für eine Stellung in diesem Land haben könnten, wie sehr es uns von allen anderen Parteien abgrenzt und welche Kraft das letztlich bringen kann. Benennen wir die Kraft, die eine politische Vision geben kann. Wenn ich etwas in der So-

zialistischen Jugend gelernt habe, dann das: Dass der stärkste und nachhaltigste Moment, den wir als politische Organisation vermitteln können, der Moment ist, in dem man erkennt, dass die Welt in der wir leben, nicht so sein muss, wie sie ist. Das ist, wie die über die Mauer zu schauen und zu sehen, was hinter dieser Mauer ist. Die Vision eine andere, eine demokratische, eine sozialistische Gesellschaft zu bauen, das ist wirklich eine ganz starke Kraft. Und umgekehrt ist es auch so: Wenn man als SPÖ nicht mehr vor Augen hat, wofür man diese oder jene Einzelmaßnahme setzt, dann verliert man leicht die Orientierung, dann fehlt einem oft auch die Kraft, dafür zu kämpfen. Und deswegen: Das Wichtigste, was wir brauchen, ist die Vision, wie unsere Welt aussehen soll und was unsere konkreten Schritte auf diesem Weg sein müssen. Wenn wir das vor uns haben, dann wird der Rest auch wieder funktionieren. Wir neigen bei solchen Diskussionen immer dazu, dass man oft nur das Negative sieht. Das Positive ist: So schwer ist es eigentlich nicht.

ZUKUNFT: Das führt uns gleich zum Thema der politischen Kommunikation. Was läuft denn eigentlich falsch in unserer politischen Kommunikation? Und was wären eigentlich die Bedingungen für eine gute und erfolgreiche politische Kommunikation? Was

Lena Doppel-Prix: Ich hole jetzt weit aus und es klingt vielleicht so, als würde ich nicht über politische Kommunikation reden. Aber ich rede über politische Kommunikation. Denn Kommunikation kann nur sein, was eine Organisation selber lebt. Und Ich habe eine ähnliche Geschichte wie die Julia und kann nur bestätigen: Wenn du in der SJ warst, und das war ich, und eine gewisse Sozialisation erlebst, dann bleibst du ein politischer Mensch, ein Leben lang. Die Frage ist, bleibst du in der SPÖ? Ich persönlich habe mich für eine Sektion werben lassen, wo man mich sehr freundlich aufgenommen. Aber das erste, was ich gefragt wurde, war „Was wirst denn du für unser Krampuskränzchen nächste Woche backen?“ Es war nicht nur das erste, was ich gefragt worden bin, es war auch das einzige, was in irgendeiner Art und Weise zu entscheiden war. Es gab sonst nichts zu entscheiden, und es gab auch keine politischen Diskussionen. Mich hat die große Politik interessiert. Und ich fand kein Betätigungsfeld. Es kann sein, dass das in den letzten 30 Jahren mit manchen Sektionen besser geworden ist. Aber das Problem ist: So etwas kommuniziert sich. Ich komme aus einer anderen SJ-Generation als die Julia. Und in dieser Generation gab es gerade bei denen, die etwas geworden sind, diesen Anspruch – etwas zu verändern – überhaupt nicht. Die

wollten verwalten. Und auch das kommuniziert sich. In den letzten 30 Jahren habe ich als Kommunikations- und Organisationsberaterin gearbeitet und habe ganz viele Veränderungen in den Organisationsformen erlebt, gerade in vielen Vereinen, mit denen ich arbeite. Die Sozialdemokratie hat es leider nicht geschafft, sich für eine schlagkräftige politische Arbeit aufzustellen. Das macht mich sehr wehmütig, denn ich habe mich richtiggehend in die Sozialdemokratie verliebt, als ich mit meiner Schulklasse die Ausstellung „Mit uns zieht die neue Zeit“ über die 1920er-Jahre besucht habe. Dort war für mich klar: Das ist die Zukunft, das ist Fortschritt. Das kann ich heute beim besten Willen nicht kommunizieren. Natürlich kann man vieles besser kommunizieren als jetzt. Aber ich kann nicht gegen den Strich der Bewegung kommunizieren. Es ist in jedem Organisationsteil ein bisschen anders und es gibt immer ruhmreiche Ausnahmen. Aber in Summe vermittelt die SPÖ, dass sie als Bewegung eingeschlafen ist. Der dominante Teil der Parteiführung sagt: „Wir sind staatstragend, wir sind zum Verwalten da.“ Eh klar, dass es mit dieser Haltung mit Opposition nicht hinlief. Jetzt ist die Frage: Wie kann man das ändern? Es gibt ja viele, die schielen auf die ÖVP und wollen so einen Wunderwuzzi auch für uns. Ich glaube, dieser Führerkult, der schadet uns. Seit dem Vranitzky höre ich das immer: Wenn wir nur wieder den richtigen Vorsitzenden haben, ist alles gut. Das übersieht zum einen, dass die ÖVP ja auch über viele Jahre damit gescheitert ist, um irgendwelche Typen herum einen Führerkult zu basteln. Vor allem aber übersieht es, dass die SPÖ anders funktioniert als die ÖVP. Die Sozialdemokratie ist eine Bewegung, zumindest sehe ich das so. Das heißt, eigentlich muss es darum gehen, dass wir viele Führer und Führerinnen haben, die ein gemeinsames Ziel verfolgen, und nicht eine Person, die uns anschafft oder die Frage stellt, ob er oder sie jetzt die richtige ist. Kommunikation der SPÖ muss auch immer facettenreich sein. Ich halte es daher auch für falsch, sich auf der einen Seite ständig auszurichten, dass keiner öffentlich reden darf und wir nur im Wohnzimmer miteinander sprechen. Und auf der anderen Seite klettert dann irgendeiner, der sich mächtig genug fühlt dann erst recht immer auf dem Balkon und sagt, was er will. Als Sozialdemokratie muss ich es schaffen, Facettenreichtum zu kommunizieren. Das geht so nicht.

**ZUKUNFT:** Was wäre nun aus deiner Sicht gegenüber Türkis-Grün eine vielversprechende Positionierung für die SPÖ?

Rudi Fußi: Ich glaube, es ist falsch, sich zu überlegen, wie man sich zu Türkis-Grün abgrenzt. Zuerst muss man sich

überlegen, wer man ist und was man will. Und wenn man die historische Mission dieser Bewegung ansieht, sehe ich eine klare Zusammenfassung: Die SPÖ muss die radikale, kompromisslose Vertreterin jener sein, die von ihren Arbeitseinkommen leben müssen und nicht von ihren Kapitaleinkommen leben können. Das gilt für ArbeitnehmerInnen und Selbständige gleichermaßen. Weil das Phänomen der EPU muss beachtet werden, das sind die in Wahrheit unsere Leute. Natürlich macht es einen Riesenunterschied, ob einer so wie ich super verdient oder wie die BILLA-Verkäuferin im Handel arbeitet. Aber eines verbindet uns: Wir können beide nicht zum Hackeln aufhören. Bei mir reicht halt das Sparbuch länger, wenn ich mal eine Pause einlegen will. Die BILLA-Verkäuferin hat keine Reserven, um ein paar Monate oder Jahre daheim zu bleiben. Aber die Gemeinsamkeit gibt es trotzdem. Die Reichen haben es aber geschafft diese Gemeinsamkeit unsichtbar zu machen und in diese Klasse von Menschen hinein zu spalten. Auch die Sozialdemokratie nimmt es irgendwie als gottgegeben hin, dass wir einen feudalen Geldadel geschaffen haben und sieht eine einprozentige Vermögenssteuer als radikale Forderung an, während die wirklich Reichen Renditen von 10 bis 15% pro Jahr einfahren und die Konzentration des Kapitals ständig zunimmt. Das ist ein demokratiepolitisches Verbrechen weil sich natürlich dort, wo das Kapital ist, auch die Macht konzentriert. Und das spiegelt sich ja im Alltag von vielen Menschen wieder. Nehmen wir die Mietpreise her: Da reicht mir die Forderung nach einem Entfall der Mehrwertsteuer nicht. Davon profitiere ich persönlich mehr, als die, die es brauchen würden. Und letztlich verstellt es den Blick auf die wesentlichen Grundsatzfragen: Welchen Sinn hat es, dass ein Privater 1.000 Wohnungen und mehr besitzt? Und wie kann es sein, dass selbst ein Spitzenverdiener wie ich, mit seiner künftigen Pension seine derzeitige Miete nicht zahlen kann? Ich werde mir das schon organisieren können, keine Sorge, aber was ist mit den anderen 99%? Nach dem Krieg hast du zehn Prozent vom Monatseinkommen fürs Wohnen ausgegeben, heute sind es 50 Prozent und mehr. Früher hat man 30 Prozent für Nahrungsmittel ausgegeben, heute sind es weniger als zehn Prozent, weil wir nur Dreck fressen, weil wir nicht durchsetzen können, dass Lebensmittel ordentlich gekennzeichnet werden. Es gibt in allen Bereichen, die uns fundamental betreffen, Missstände, die zum Himmel schreien. Und dieses Gerechtigkeitsgefühl, das da verletzt wird, das macht mich wütend, aber das macht ganz viele Menschen wütend und da müssen wir ansetzen. Und da muss ich noch eines anknüpfen: Der Tag, an dem die Sozialdemokratie gesagt hat, jetzt halten wir einmal die Pappen, wenn es um die

Ausländer-Debatten geht, das wollen die Leute nicht, das war der Tag, an dem der Niedergang begonnen hat. Weil das eine Frage des Menschenbildes ist. Und wenn ich nur eine Sekunde lang zweifle oder Zweifel aufkommen lasse, dass alle Menschen gleich viel wert sind, dann haben wir ein Problem. Mag sein, dass man mit dieser Einstellung nicht morgen Wahlen gewinnt. Aber darum geht es meiner Meinung nach auch nicht. Es braucht eine längere Perspektive. Wir müssen Glaubwürdigkeit aufbauen und wir müssen Mehrheiten für wirkliche Veränderung gewinnen. Und dafür müssen wir für Gerechtigkeit wirklich brennen und nicht immer alles schönreden und schon mit einem Kompromissvorschlag in eine Verhandlung gehen.

**ZUKUNFT:** Lena, welche Perspektiven siehst du bei der politischen Kommunikation? Was ändert sich hier gegenüber Türkis-Blau und ihrer Message Control? Wie kann sich die SPÖ hier kommunikativ aufstellen?

Lena Doppel-Prix: Wir können das derzeit recht gut im Bereich von Social Media ansehen. Dort spielen wir jetzt das gleiche Spiel wie früher, nur dass sich die Rollen von SPÖ und Grünen verkehrt haben. Das heißt, egal was die Grünen machen, die SPÖ haut drauf hin. Die ÖVP ist eigentlich ins Abseits geraten. Die Grünen sind einfach ein näheres Ziel, weil mehr SozialdemokratInnen über Social Media mit Grünen in Kontakt kommen, als mit Schwarzen, weil sie sich einfach von den Blasen her ähnlicher sind. Das heißt, man verprügelt halt den, den man sieht. Das macht aber überhaupt keinen Sinn. Meiner Meinung nach müsste man sich viel mehr mit der ÖVP beschäftigen, viel mehr an der ÖVP arbeiten. Das heißt nicht, dass man die Grünen außen vor lassen muss. Die kann man natürlich auch mitnehmen. Aber die Stoßrichtung müsste viel mehr den Realitäten folgen, nämlich dass die Grünen hier einfach ein Wurmfortsatz dieser Regierung sind. Sie sind nicht wichtig. Derjenige, der diese Regierung treibt, ist Sebastian Kurz. Die Themen, die diese Regierung treiben, sind die Themen, bei denen Kurz Angst hat, unter Umständen seine FPÖ-Wähler wieder zu verlieren.

Und natürlich muss ich meine Kritik inhaltlich fundieren und selbst an meiner Glaubwürdigkeit bauen. Wenn ich zwanzig Jahre lang jede Verschärfung der Asylgesetze mit der ÖVP beschließe und dann betoniere ich die Grünen, wenn sie eine Verschärfung beschließen oder nicht zurücknehmen, dann muss ich selber einmal sagen, wie ich dazu stehe. Und dann wäre es bei solchen Grundwertefragen wichtig, dass ich

dazu im Burgenland und Traiskirchen möglichst gleich dazu stehe. Ganz wichtig für erfolgreiche Oppositions-Kommunikation ist natürlich auch, dass man spürt, was man anders haben will. Die SPÖ tendiert dazu zu vermitteln, dass man sich eh einigen könnte, wenn man nur mit ihr sprechen würde. Es bereitet geradezu körperliche Schmerzen, wie sehr man das Gefühl hat, dass die SPÖ geradezu darum bettelt, wieder in der Regierung und damit wichtig sein zu dürfen. Sie vermittelt: „Wir sind eh lieb, die Sozialdemokratie will nur das Beste für Österreich“. Aber will man das Beste für Österreich, wenn man zur bestehenden Regierung eh lieb ist? Eigentlich nicht. Wir leiden darunter, dass die Sozialdemokratie das Selbstverständnis hat, staatstragend sein zu müssen.

Und ich möchte noch bei dieser Frage mit dem Menschenbild der Gleichwertigkeit ansetzen. Ich verstehe z.B. nicht, dass es keine Ansätze dafür gibt, dagegen vorzugehen, dass heutzutage das Passdokument die Rolle eingenommen hat, die in den Anfängen der Sozialdemokratie der Grundbesitz hatte. 30 Prozent der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen sind auf Basis des Passes davon ausgeschlossen, in diesem Land demokratisch mitzubestimmen. Sie arbeiten hier. Sie zahlen hier ihre Sozialabgaben. Sie werden ihre Pensionen hier konsumieren. Aber sie dürfen nicht mitbestimmen. Mit dem gleichen Recht könnte man sagen Jeder, der keine Wohnung in Wien besitzt, sondern nur in einer Gemeindegemeinschaft wohnt, darf auch nicht mehr wählen. Das hat die Sozialdemokratie vor über hundert Jahren erfolgreich bekämpft. Und jetzt haben wir plötzlich einen neuen Grundbesitz. Und keiner rührt sich? Ich verstehe es nicht. Das ist auch eine von diesen Ungerechtigkeiten, die einfach wahnsinnig weit gehen.

Ich will das Problem nicht nur an Personen festmachen. Aber es ist einfach so, dass viele diese Rolle einfach zuwider ist, sie wollen das nicht, es interessiert sie nicht und das wirkt sich halt auch kommunikativ aus. Ich habe keine Lösung dafür anzubieten, aber eines ist für mich klar: Nur einen Marketing-Menschen zu nehmen, und von vorne auf die Organisation draufzuhängen, das wird nicht funktionieren. Die SPÖ träumt immer von dieser Inszenierung, die in den USA z.B. Barack Obama geschafft hat. Man nehme eine Person, stelle diese eine Person in den Mittelpunkt der Kampagnen und beschreibe diese eine Person als diejenige, die es richten wird. Die SPÖ hat das mit Christian Kern probiert und auch das hat nicht geklappt. Man hätte es gerne, so eine Inszenierung zu schaffen, aber man schafft sie nicht. Das ist nicht nur ein handwerkliches Problem, das kann so für die SPÖ auch nicht

klappen. Kann man es lösen? Weiß ich nicht. Kann man es lösen mit dem bestehenden Personal? Das glaube ich nicht.

**ZUKUNFT:** Julia, als Klima- und Umweltsprecherin der SPÖ arbeitest du ja auf einem besonders sensiblen Feld für die türkis-grüne Koalition, die sich auf die Fahnen heftet, Klimaschutz-Regierung zu sein. Siehst du hier großes Kritikpotenzial oder sollte man Themen der sozialen Gerechtigkeit stärker gewichten?

Julia Herr: Das ist kein Widerspruch, das ist in meinen Augen die gleiche Frage. Die Frage der sozialen Gerechtigkeit bedeutet, Klimapolitik zu machen. Wer verursacht denn diese Klimakrise? Das ist ja alles andere als gleichmäßig verteilt. Eine Frau mit niedrigen Einkommen, die in einer Wohnung in Wien lebt, hat einen anderen CO<sub>2</sub>-Ausstoß als ein Vermöglicher mit Privatjet. Wen trifft der Klimawandel? Es trifft diejenigen, die bei 36 Grad das Haus nicht mehr verlassen können. Es trifft diejenigen, die keine Klimaanlage installieren können, die nicht mehr schlafen können, die kein Wochenendhaus und keinen Wald haben, wo sie hinfliehen können. Es trifft diejenigen, deren Lebenswerk bei Unwetterkatastrophen in Fluten und Schlamm versinkt. Der Klimawandel trifft die Menschen, die wir vertreten wollen, am allerhärtesten. Es ist eine massive soziale Frage, und das nächste wird sein: Wer wird den Umbau unserer Wirtschaft, den wir dringend brauchen, bezahlen? Wenn das nicht Sozialpolitik ist, dann ist nichts Sozialpolitik.

Natürlich ist der springende Punkt ist, wie glaubwürdig sind wir in der Klimapolitik. Mir ist durchaus bewusst, dass bei der Frage „Wer rettet das Klima?“ die Leute nicht aufspringen und aufgeregt rufen: „Die SPÖ!“ Das ist eine Hürde, die wir vor uns haben. Aber das heißt nicht, dass wir dieses Thema uns nicht tatsächlich aneignen können, etwa indem wir zum über die Themen sprechen, bei denen man uns eine gewisse Kompetenz zuspricht. Klimaschutzpolitik bedeutet, Arbeitsplätze in zukunftsträchtigen Branchen zu schaffen. Die notwendige Transformation, die wird es mit dem freien Markt nicht geben. Wenn wir nicht die Art und Weise verändern, wie unser Wirtschaftssystem funktioniert, werden die Konzerne weiter so produzieren, wie sie ihren Profit maximieren können. Auf Kosten des Klimas, auf Kosten von Menschen. Klimapolitik ist Wirtschaftspolitik, Klimapolitik ist Sozialpolitik, ist Arbeitsmarktpolitik, Handelspolitik, Landwirtschaftspolitik.

Klimapolitik und eine Politik der sozialen Veränderung müssen Hand in Hand gehen. Das muss unser Ansatzpunkt sein. Und auch ich meine, es hilft wenig, auf die Grünen hinzuweisen. Zum einen weil ganz viele Vorwürfe, die wir den Grünen zurecht machen könnten, für unsere Zeit in der Koalition mit der ÖVP auch zutreffen. Unsere Kritik mag in der Sache sehr richtig sein, kommunikativ bleibt da gerade in der Anfangszeit ein gewisses Glaubwürdigkeitsdefizit. Ich halte es aber auch taktisch und strategisch für falsch. Ich habe den Eindruck, dass viele Grün-WählerInnen ein Interesse an einer Zusammenarbeit von SPÖ und Grünen haben. Die wollen Fortschritte bei der Klimapolitik. Darauf müssen wir uns konzentrieren. Unser Hauptgegner ist die ÖVP. Wenn die Grünen der ÖVP die Mehrheiten für ÖVP-Politik liefern ist das bedauerlich. Wir müssen gegen diese ÖVP-Politik kämpfen. Das braucht den öffentlichen Druck, das braucht aber auch die Perspektive einer parlamentarischen Mehrheit jenseits von ÖVP und FPÖ. Vielleicht heißt das zehn Jahre Opposition. Aber diese Zeit müssen wir nutzen, um die politische und gesellschaftliche Debatte zu verschieben, um in sozialen Auseinandersetzungen dieses Land auch aus der Opposition heraus zu ändern.

Um noch etwas Positives anzusprechen: Ich bin skeptisch, ob es Bernie Sanders gelingt, der Präsidentschaftskandidat der DemokratInnen zu werden. Aber schauen wir doch bitte, wie die Bewegung rund um Sanders in den letzten Jahren die Debatte in den USA verschoben hat. Vor wenigen Jahren galt Sanders und seine Idee einer öffentlichen Gesundheitsversorgung als kommunistisch und obskur. Ob bei öffentlicher Gesundheitsversorgung oder beim Mindestlohn: Sanders und seine Bewegung haben das politische Klima verändert und die meisten demokratischen KandidatInnen sahen sich plötzlich gezwungen, darauf einzugehen.

Warum sollten wir mit unseren Themen nicht ebenso emotionalisieren können, wie Bernie Sanders es kann? Warum sollte es uns nicht gelingen, ebenso konsequent zwei, drei Themen über Jahre hinweg zu kampagnisieren, wie Sanders es getan hat, wie es im negativen Sinn aber auch die FPÖ getan hat? Welches Potenzial es gibt, das haben wir ja in den letzten Wochen gesehen, in denen der Arbeitskampf der Beschäftigten im Sozialbereich die Arbeitszeitverkürzung über Nacht wieder auf die politische Agenda gesetzt hat. Und mit ihr ganz zentrale Fragen, wie unser Pflege- und Sozialsystem ausgestattet sein soll. Diese Fragen müssen von uns angesprochen werden, diese sozialen Auseinandersetzungen aufgegriffen werden.

Ja, natürlich gibt es Personen und Grüppchen an wichtigen Schalthebeln, die von einer radikalen Veränderung nicht allzuviel halten. Mag sein, dass manche davon träumen, einfach nur rasch wieder in die Regierung zu kommen. Aber ich bin nicht wegen Werner Faymann in die Partei gekommen, auch nicht wegen Christian Kern und ich bin nicht wegen Pamela Rendi-Wagner da. Ich bin wegen meinen Überzeugungen hier. Und ich glaube, eine Mehrheit der 180.000 Mitglieder, die noch immer dieser Partei die Treue halten, und ganz viele mehr sind für viele Dinge, die wir diskutierten, gewinnbar. Und das halte ich auch weiterhin für unsere Aufgabe: Diese Menschen für einen Politikwechsel zu begeistern und zu gewinnen.

Lena Doppel-Prix: Ich möchte noch kurz beim Thema Klima und Umweltschutz positiv anknüpfen, weil ich dort ganz große Potenziale sehe, Narrative selbst zu stricken und sich in einem produktiven Sinne abzugrenzen. Die Grünen sind ein Kind des Zeitalters der Individualisierung und folgen in ihrer klimapolitischen Kommunikation ganz oft und ganz stark diesen Mustern, nach dem Motto: „Weniger auf Urlaub fliegen rettet schon das Klima.“ Nun ist es aber eigentlich recht gut erforscht, ob Scham ein gutes Mittel ist, um politische Veränderung zu erreichen. Die Schlussfolgerungen dieser Forschungen spielen uns eigentlich ziemlich in die Hände. Beschämung funktioniert nicht auf der Ebene der Person. Aber es funktioniert auf der Ebene der Organisation. Dem Einzelnen zum Vorwurf zu machen, dass er auf Mallorca fliegt, funktioniert nicht. Das Beschämen von Firmen, von Konzernen, von Staaten, die das Klima zerstören, das funktioniert wesentlich besser. Kombiniert mit der Idee der Solidarität, mit dem gemeinsamen Agieren vieler Schwacher, die sich zusammenschließen, um einem übermächtigen Gegenüber Paroli zu bieten, das macht einen Narrativ möglich, der für uns funktioniert und auch eine Alternative dazu aufzeigt, dass alles gut wird, wenn jeder für sich seinen Hausmüll trennt. Diesen kämpferischen Narrativ, den muss man sich halt auch trauen.

Rudi Fußi: Ohne Direktwahl wird das alles halt nicht gehen. Die Beharrungskraft der herrschenden Gruppen in der SPÖ darf man nicht unterschätzen und die folgen auch einer systemimmanenten Logik in einem schrumpfenden System. Es braucht da eine Demokratisierung von unten. Das Potenzial gegenüber Türkis-Grün wäre da. Der Kurz ist nicht einmal wahnsinnig gut, er ist nur ein wahnsinnig guter Verkäufer. Ja, die haben jetzt den Kanzler, aber dahinter ist es ja nicht

anders, da ist ja keine Substanz. Und ich verstehe auch nicht ganz, warum wir nicht längst eine überfällige Charakterdebatte führen. Was muss man für ein Charakter sein, dass man zuschaut, wie in den Flüchtlingslagern Kinder dahinvegetieren? Was muss man für ein Charakter sein, das einem die Umfragergebnisse bei früheren FPÖ-Wählern wichtiger sind, als paar Kinder in Sicherheit zu bringen? Dass man ständig von Hilfe vor Ort spricht und dann dem UNHCR in dem Jahr weniger Geld überweist, als der Kanzler pro Monat verdient? Es wird immer Leute geben, die Ungerechtigkeit erkennen, die sie stört, und die dagegen etwas tun wollen. Das heißt, das Bedürfnis nach sozialdemokratische Politik ist riesengroß. Was fehlt, ist die Übersetzungsarbeit der Partei hin zu den Menschen.

Lena Doppel-Prix: Wir sind kommunikativ gefangen in etwas, das hat man den 70er-Jahren erforscht und Schweigespirale genannt. Diese Forschung besagt, dass ein großer Teil, rund 70 Prozent der Menschen, sich eigentlich nicht trauen, eine kontroverielle Meinung zu äußern. Das heißt, nur 30 Prozent der Menschen einer Gesellschaft trauen sich überhaupt, eine solche Meinung zu äußern. Die 70 Prozent meinen, dass sie in der Minderheit sind mit ihrer Meinung und trauen sich sozusagen ihre abweichende Meinung erst recht nicht mehr zu sagen. Wie viele Menschen äußern sich online zu politischen Themen? Es ist ein Prozent. Ein Prozent der Österreicher und ÖsterreicherInnen äußern sich online zu politischen Themen. Alles was wir dann in den Medien rezipieren an „öffentlicher Stimmung“ – das ist dieses eine Prozent. Je mehr Menschen sichtbar werden, desto stärker prägen wir auch das öffentliche Meinungsklima mit, desto eher können wir auch in dieser Frage den Ton der Debatte ändern.

**ZUKUNFT:** Danke für das Gespräch.



**RUDI FUSSI**

arbeitet als PR-Berater in Wien.

**LENA DOPPEL-PRIX**

arbeitet als digitale Medien- und Kommunikationsberaterin in Wien.

**JULIA HERR**

ist SPÖ-Umwelt- und Klimaschutzsprecherin im Nationalrat.

**ARMIN PULLER**

ist Vorsitzender der Gesellschaft für Geistes- und Sozialwissenschaften des BSA und Redaktionsmitglied der ZUKUNFT.



**HAUS IN DER WIENER WERKBUNDSIEDLUNG, 1932**  
Foto: Martin Gerlach jun.  
© Wien Museum

# Die Zerstörung der EU

**THOMAS NOWOTNY** bespricht ein im Vorjahr verfasstes Buch des Publizisten Peter-Michael Lingens, das in der aktuellen Corona-Krise neue Aktualität gewinnt. Lingens stellt dar, wie die deutsche Lohndumping- und Sparpolitik im Umfeld der großen Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 wesentliche Ursache für Arbeitslosigkeit und wirtschaftliche Ungleichgewichte war. Seine Befürchtung, dass dies zum Zerfall der Euro-Zone und der EU führen könnte, sieht Nowotny zwar als keineswegs zwangsläufig an. Vieles wird allerdings wohl auch davon abhängen, ob sich der Umgang mit krisenbedingten Staatsschulden nach der Corona-Krise wiederholen wird.

In seinem Buch argumentiert Lingens, dass Deutschland die Europäische Union durch ein aggressives „Lohndumping“ und durch eine, den übrigen Mitgliedsstaaten aufgezwungene, Sparpolitik zersetzt. Die im Buch reichlich eingestreuten Grafiken unterstreichen diese Darstellung.

Eine dieser Grafiken zeigt, dass sich in Frankreich die realen Löhne (also die um die Inflation bereinigten Löhne) zwischen 1999 und 2011 nahezu im Gleichklang mit der Produktivität der französischen Wirtschaft um gut 25% erhöht hatten. Nicht so in Deutschland. Dort sind die Löhne hinter dem Wachstum der Produktivität zurückgeblieben und in 12 Jahren um nicht einmal 10% gewachsen. Die deutschen „Lohnstückkosten“ wurden daher kleiner als die französischen.

Deutschland konnte deshalb mehr nach Frankreich exportieren; und Frankreich weniger nach Deutschland. Die deutsche Lohnzurückhaltung (oder wie Lingens es nennt: das deutsche „Lohndumping“) hat zudem in Deutschland dazu geführt, dass dort weniger gekauft werden konnte. Denn die „wirtschaftliche Gesamtnachfrage“ war durch die niedrigeren deutschen Löhne geschwächt, und damit auch die Nachfrage nach Importen aus anderen EU-Staaten. Dadurch, dass Deutschland mehr exportieren konnte, und Frankreich weniger, wurde auch „Arbeitslosigkeit aus Deutschland nach Frankreich exportiert“.

Der über deutschen politischen Druck im Jahre 2012 beschlossene „Fiskalpakt“ hat die zulässige Neuverschuldung der EU Mitgliedstaaten stark eingegrenzt. Der Fiskalpakt hat so

verhindert, dass durch die Aufnahme von Krediten und durch das dadurch ermöglichte Ankurbeln von Investitionen und Konsum zusätzliche gesamtwirtschaftliche Nachfrage erzeugt wird. Das aber wäre nötig gewesen. Denn damals, im Jahre 2012, waren die Folgen der großen Wirtschaftskrise noch nicht überwunden. Das Potential der europäischen Wirtschaft war keineswegs ausgeschöpft. Zusätzliche Nachfrage hätte daher Wirtschaftswachstum befördert und Arbeitslosigkeit vermindert.

Die USA und das Vereinigte Königreich haben einen anderen Weg eingeschlagen. Die beiden Staaten haben sich stärker verschuldet und haben mit dem aufgenommenen Geld Investitionen und Konsum belebt. In beiden Staaten ist daher die Wirtschaft in der Folge auch rascher gewachsen als in den EU-Staaten. Dort kam es infolge der von Deutschland oktroyierten Sparpolitik nach dem großen wirtschaftlichen Einbruch des Jahres 2008 zu einem neuerlichen Absacken der Wirtschaft. Das hatte und hat weitreichende, bis heute fortdauernde Folgen. Bleibt in einem Staat die wirtschaftliche Entwicklung nämlich durch längere Zeit gedämpft, werden die Kapazitäten dort für längere Zeit nicht voll genutzt, so schrumpfen dann allmählich auch diese Kapazitäten. Die Wirtschaft wird weniger leistungsfähig („Hysteresis – Effekt“).

Deutschland verteidigt dennoch die eigene und die auch den anderen Euro-Staaten aufgezwungenen Sparpolitik. Sie wäre unumgänglich. Hätte man beim Schuldenmachen nicht gebremst, so wäre in vielen Euro-Staaten die Schuldenlast noch drückender geworden. 2008 wäre man nach deut-

scher Ansicht ohnehin schon in einer „Schuldenkrise“ gefangen gewesen. In einigen Staaten seien deren Schulden schon so gestiegen, dass diese Staaten es schwierig finden müssten, sich zu annehmbaren Bedingungen am weltweiten Kapitalmarkt zu finanzieren. Sie könnten daher keine neuen Schulden aufnehmen und es wäre ihnen nicht länger möglich, die alten Schulden mit neuen Schulden zu begleichen. Solche hoch verschuldeten Euro-Staaten müssten daher zwangsweise in den Konkurs schlittern. Ein Konkurs eines größeren Euro-Staates würde jedoch unweigerlich auch das ganze Euro-Gebäude zum Einsturz bringen. Der Stopp der Neuverschuldung und der schließliche Abbau von Staatsschulden sei daher unabdingbar geworden. Ein Schulden-Stopp wäre Voraussetzung für den Fortbestand eines einheitlichen Euro – Währungsraums.

Aber noch bevor man in die Nähe eines Staatskonkurs gerät, würden hohe Schulden die Wirtschaft auf vielfache Weise hemmen; etwa dadurch, dass der Staat sich Geld aneignet, dass besser für „produktive“ Investitionen in der Privatwirtschaft verwendet würde und das der Privatwirtschaft dann, infolge der Raubsucht des Staates, nicht länger zur Verfügung steht.

Hat eine hohe Staatsverschuldung tatsächlich zum Ausbruch der Wirtschaftskrise beigetragen, und konnte die Krise dann nur allmählich und über deutschen Druck durch einen Abbau der Schulden überwunden werden? Bestätigen Zahlen diesen behaupteten Zusammenhang zwischen der Höhe der Staatsschulden und einer florierenden oder siechenden Wirtschaft?

Ja – es gibt einen solchen Zusammenhang. Aber wie Lingens in seinem Buch auch grafisch anschaulich darstellt, ist dieser Zusammenhang nicht der von der deutschen Politik behauptete. Nicht hohe Staatsschulden haben die Wirtschaftskrise ausgelöst. Es hat vielmehr die Krise selbst zum Emporschnellen der Staatverschuldung geführt (und das übrigen auch in Österreich). Tatsächlich war vor dem Beginn der großen Krise im Jahre 2008 die Schuldenquote – das ist der Anteil der Schulden am Nationalprodukt – in den meisten Euro-Staaten gesunken.

Drastisch erhöht hat sich die „Schuldenquote“ erst NACH dem Einsetzen der Krise. Das hat mehrere Ursachen. So ist das Nationalprodukt – also der Nenner im Bruch Schulden/Nationalprodukt – durch die Wirtschaftskrise kleiner geworden, wodurch sich die „Quote“ schon rein rechnerisch erhöht hat. Der Zähler im Bruch – die Schulden – wurde gleichzei-

tig größer, weil sich die Steuereinnahmen infolge der Krise des Staates verringerten; während sich die Ausgaben – etwa durch Zahlungen an die dann zahlreicheren Arbeitslosen – ausgeweitet haben, so dass der Staat zur Begleichung dieser höheren Ausgaben Kredite aufnehmen musste.

Hätte sich nach 2008 die Staatsverschuldung nicht erhöht, dann steckten wir noch heute in der Talsohle der großen Wirtschaftskrise. Dass es später und trotz der deutschen Schuldenphobie dann doch allmählich nach oben ging, das hat Europa dem Chef der Europäischen Zentralbank Mario Draghi und dessen Entschluss zu verdanken, „alles zu tun – whatever it takes“ um der europäischen Wirtschaft durch auch sehr unkonventionelle Maßnahmen, wie etwa durch den Ankauf von Anleihen oder eine Null- Zinspolitik, Luft zum Atmen zu schaffen.

Aber auch Draghis unkonventionelle Geldpolitik hat nicht verhindern können, dass sich die Wirtschaft der Euro-Staaten und in der gesamten EU nur langsam aus der Krise erholt. Die Politik Draghis konnte auch nicht verhindern, dass sich in der Europäischen Union die Unterschiede in Wohlstand und Wirtschaftswachstum vergrößern. Den neuen, den „östlichen“ EU-Mitgliedstaaten ist es zwar gelungen, in einem Aufholprozess den Wohlstandsabstand zum EU-Durchschnitt schrumpfen zu lassen. Aber sowohl zwischen den EU-Kernländern, als auch zwischen den Euro-Gründungsstaaten haben sich die Unterschiede geweitet. Deutschland ist – ebenso wie Österreich – in den Krisenjahren 2007 bis 2016 im Vergleich zum EU-Durchschnitt und im Vergleich zu Frankreich reicher geworden. Griechenland ist verarmt. Besonders folgenreich ist das Zurückbleiben des EU-Gründungsmitglieds Italien.

Welche wirtschaftspolitischen Schlüsse kann man aus all dem ableiten?

Nicht bestätigen, lässt sich die Befürchtung Lingens über das drohende Ende des Euro. Die jetzt sehr niedrigen Zinsen ermöglichen es auch hochverschuldeten Euro-Staaten und sogar solchen, welchen bei Gläubigern kein hohes Ansehen genießen, die Schuldenlast zu tragen.

Die deutsche Sparpolitik und Schulden-Phobie hat das Wachstum in der gesamten Euro-Zone gedrückt, und sogar zwischen den EU-Kernstaaten den Wohlstandsabstand vergrößert. Daher muss die Gesamtnachfrage im Euro-Raum durch staatliche Maßnahmen zu Steigerung von Investitionen und Konsum ausgeweitet werden.

Die dramatische Verschlechterung der relativen Stellung Italiens, und natürlich auch die Verarmung Griechenlands ist aber nicht bloß Folge der einengenden deutschen Sparpolitik. Sie ist auch in „strukturellen Defiziten“ dieser Staaten begründet (in Italien etwa: niedrige Investitionen; geringe Ausgaben für Forschung und Entwicklung; ein zum Teil dysfunktionaler Staat; etc.).

Aber selbst bei einer Bereinigung solcher Defizite, und selbst bei einer EU-weit einheitlichen, „expansiveren“ Fiskalpolitik wäre zu befürchten, dass Ungleichgewichte in Wohlstand und wirtschaftlicher Dynamik fortbestehen und sich sogar weiten. In den USA gibt es eine weitgehend für die gesamte USA wirksame Bundes-Budgetpolitik. Unter Präsident Trump ist diese sogar besonders expansiv. Trotzdem gibt es in Bezug auf Wohlstand große Unterschiede zwischen den einzelnen US-Bundestaaten. Die Einkommen im US-Bundesstaat Connecticut sind, zum Beispiel, mehr als doppelt so hoch wie Durchschnittseinkommen im US-Bundesstaat Mississippi. Diese Unterschiede waren einst geschrumpft. Jetzt werden sie wieder größer. Das scheint durch die Veränderungen in der Natur der modernen Wirtschaft bedingt. Zentralräume wachsen auf Kosten der peripheren Räume; Städte auf Kosten ländlicher Gebiete; Zentren der Hochtechnologie auf Kosten der alten Industriezentren; und nicht zuletzt Regionen, in denen Reiche leben, zu Lasten der Regionen in den Menschen mit durchschnittlichen oder niedrigen Einkommen wohnen. Das zu korrigieren wäre eine der großen Herausforderungen einer gestaltungsfreudigen, verantwortungsvollen Politik. Die Werkzeuge dazu müssten allerdings erst entwickelt werden. 🌱

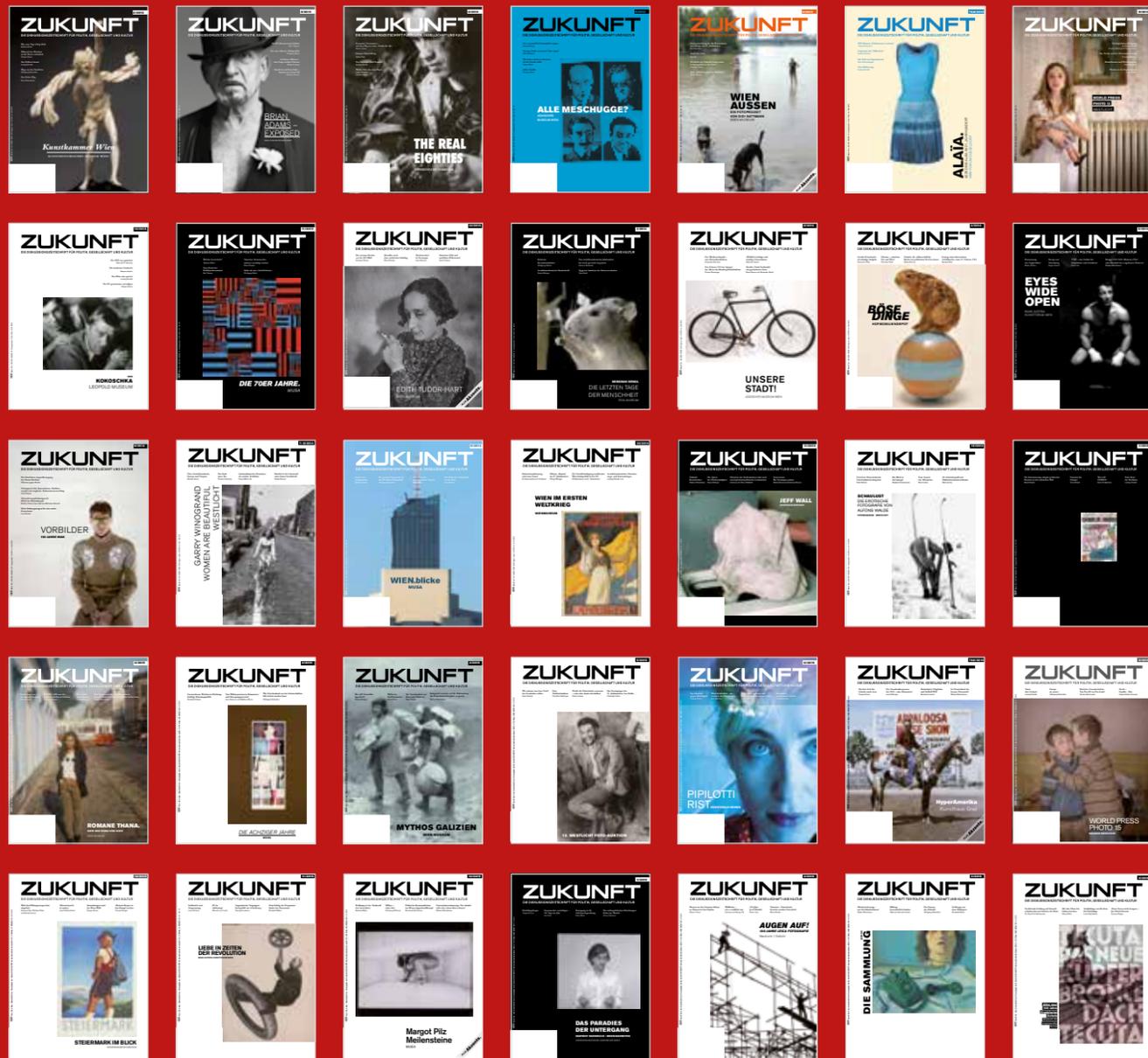
1. „Die Zerstörung der EU“ ist 2019 im Falter-Verlag erschienen (€ 19,99).



**OHARA HOUSE, SILVER LAKE, LOS ANGELES, 1961**  
Foto: David Schreyer 2017

**THOMAS NOWOTNY**

ist Dozent für Politikwissenschaft und ehemaliger Diplomat.



# ZUKUNFT ABONNEMENT

Kupon ausschneiden  
& einsenden an:

VA Verlag GmbH  
Kaiser-Ebersdorferstraße 305/3  
1110 Wien

Ich bestelle  ein **ZUKUNFT**-Schnupperabo (3 Hefte) um 12,- Euro  
 ein **ZUKUNFT**-Jahresabo (11 Hefte) um 49,- Euro

Name: \_\_\_\_\_

Straße: \_\_\_\_\_

Ort/PLZ: \_\_\_\_\_

Tel.: \_\_\_\_\_

E-Mail: \_\_\_\_\_ Unterschrift: \_\_\_\_\_